Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil „Halle und Saalekreis" und die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Ernst Wittmaack, Magdeburg. Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. Druck von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 8. — Fernsprechanschluß 1150. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Bezugspreis: Monatlich 80 Pfennig, beim Abholen von der Expedition monatlich 70 Pfennig. Bei den Postanstalten 2,10 Mark ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — Insertionsgebühr: Die gespaltene Nonpareillezeile 20 Pfennig. Inserate von auswärts 25 Pfennig. im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27.

Nr. 14. **Halle, Sonnabend den 16. Juni 1917.** **1. Jahrgang.**

Flieger über London.

In den letzten beiden Wochen sind mehrere Luftangriffe gegen englische befestigte Plätze unternommen worden. Nicht von Luftschiffen, sondern von Flugzeugen, die in Geschwadern flogen. In England hat diese Invasion durch die Luft großes Aufsehen erregt und bittere Kritik gegen die englische Luftflotte ausgelöst. Sie hat das Bekenntnis geboren, daß die Westmächte nicht mehr die Ueberlegenheit in der Luft besäßen, die sie während der vorjährigen fünfmonatigen Sommeschlacht immer wieder feststellten, und die sie für alle Zukunft erobert zu haben glaubten.

Am 13. Juni mittags ist von Fliegern — nicht von Zeppelinen — sogar London bombardiert worden. Die deutschen Flugzeuge sind sämtlich unversehrt in der Heimat gelandet, während ein englisches über der Themse abgeschossen worden ist. Der Angriff auf London wird die Aufregung drüben noch vermehren und die Kritik verbittern. Die deutschen Lufterfolge im Mai, die einer der letzten Heeresberichte zusammenstellt und die allerdings in England wie in Frankreich nicht bekanntwerden, beweisen auch, daß die Deutschen trotz der entgegenstehenden numerischen Uebermacht sich in der Leistung die erste Stelle erobert haben.

Die Erklärung für diesen Umschwung liefert eine Darstellung, die uns von sachverständiger Seite zugeht:

Die deutschen Fliegererfolge steigen von Monat zu Monat und bringen auch dem ärgsten Zweifler in eindringlicher Weise die deutsche Ueberlegenheit in der Luft zum Bewußtsein. Im Monat April sind von uns mehr als die doppelte Anzahl Flugzeuge abgeschossen worden als wir überhaupt zu Beginn des Krieges besaßen. Selbst die Gegner gestehen in der Presse und den öffentlichen Körperschaften ihre Unterlegenheit ein, obwohl sie die Schaffung und Förderung der Fliegerwaffe als ihr ureigenstes Verdienst ansehen und darum die allergrößten Anstrengungen um die Herrschaft in der Luft machen.

Es soll nicht verkannt werden, daß namentlich die Franzosen viele brauchbare grundsätzliche Gedanken gehabt und mit dem ihnen eignen Temperament bis zu einem gewissen Grade in die Praxis umgesetzt haben. Aber es fehlte ihnen an der Beständigkeit und der Fähigkeit, durch unermüdliche Arbeit an ein und derselben Sache ihre Ideen restlos auszunutzen. Daher haben wir in allen Punkten, in denen wir es für gut befanden, ihnen zu folgen, ihnen nicht nur Gleichwertiges entgegengestellt, sondern sie sogar überholt. So haben z. B. die Franzosen zuerst mit der Bewaffnung der Flugzeuge mit Maschinengewehren begonnen und anfangs damit zweifellos Erfolge erzielt. Wir aber bauten bald darauf den Kampf-Fokker, der dem Gegner überlegen war und, ausgerüstet mit einem vorzüglichen Maschinengewehr, ein gefürchteter Gegner wurde.

In der Erkenntnis ihrer immer größer werdenden Unterlegenheit griffen unsre Feinde zu dem Mittel, zu dem ein an geistigen Eigenschaften Schwächerer in der Verzweiflung immer greift:

zur Massenwirkung.

Schon im Anfang des Krieges hatten sich phantasievolle Franzosen daran begeistert, daß ihre Flugzeuge wie Mückenschwärme die deutschen Heere überfallen und vernichten würden. Dieser Gedanke wurde in dem Maße, wie sich die einzelnen deutschen Flieger dem Gegner überlegen zeigten, das Hauptprinzip der Gegner. Bereits während der Offensive gegen Verdun im Frühjahr 1916 wagten sich die Franzosen nur noch in Geschwadern über die Front, während wir selbst größere Unternehmungen noch von einzelnen Flugzeugen ausführen ließen. Gar häufig sah sich daher ein einzelnes deutsches Flugzeug französischen Geschwadern von 20 und mehr Flugzeugen gegenüber.

In besonderem Maße kam die Zahl der Flieger

während der Somme-Schlacht

zur Geltung. So wie die Feinde auf der Erde ihre Erfolge durch eine ungeheure Anhäufung von Kampfmitteln erreichen wollten, so versuchten sie auch, ihre Aufgabe in der Luft durch Zusammenziehen großer Fliegerverbände zu lösen. Seitdem arbeiten sie nicht so sehr an der Verbesserung der einzelnen Flugzeuge wie an der Vermehrung ihrer Zahl. Dadurch, daß möglichst viel Flugzeuge, ohne Rücksicht auf die Güte des Fabrikats und die vollendete Ausbildung der Flugzeugbesatzungen, an die Front gebracht werden, versuchen sie, die Herrschaft in der Luft wiederzugewinnen.

Der ungeheure Bedarf an Apparaten erfordert eine gut entwickelte Industrie und unbeschränkte Quellen an Rohmaterial, die ihnen — wenigstens bis zur Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Kriegs — gegeben waren, da Frankreich und England über gute Industrien verfügen und auch das ganze neutrale Ausland, besonders die Vereinigten Staaten, ihnen gegen hohe Bezahlung zur Verfügung stand.

Die Deutschen verfolgen einen andern Grundsatz. In der richtigen Erkenntnis, die sich während des Krieges auch bei den andern Mächten immer wieder bestätigt gefunden hat, daß bei der deutschen Eigenart nicht die Masse, sondern die Leistung der einzelnen auf die Dauer den Erfolg verbürgt, haben wir auf Vermehrung der Zahl weniger Wert gelegt, als auf Verbesserung der Flugzeuge und der Ausbildung der Flieger.

Wohl vermag auch unsre leistungsfähige Flugzeugindustrie eine gegen Kriegsbeginn gewaltig gesteigerte Zahl von Flugzeugen herzustellen. Ihre eigentliche Stärke liegt aber nicht so sehr in der ausschließlichen Massenfabrikation, sondern in der sorgfältigsten Durchkonstruktion und peinlichsten Ausführung jedes einzelnen Flugzeugs. Ein Vergleich eines deutschen Flugzeugs mit einem feindlichen läßt diesen Unterschied klar erkennen. Während feindliche Flugzeuge häufig recht primitiv und roh ausgeführt sind, ist das deutsche mit vielen Hilfsapparaten reich ausgestattet und

bis ins kleinste Präzisionsarbeit.

Darum hat auch der deutsche Flieger zu seinem Flugzeug unbeschränktes Vertrauen. Er weiß, daß selbst bei Zerstörung wichtiger Teile es ihn noch sicher wieder zur Erde bringen wird. Im Luftkampf kann er ohne Gefahr seine ganze Aufmerksamkeit dem Kampfe zuwenden. Sturzflüge, Ueberschläge, ja selbst die gewagtesten Flugmanöver vertragen die Flugzeuge ohne weiteres, da sie kräftig genug gebaut sind und dem Steuer unbedingt gehorchen. Deutsches Pflichtbewußtsein und deutscher Fleiß vom letzten Arbeiter bis zum ersten Konstrukteur der Flugzeugindustrie bauen Flugzeuge, auf die man sich verlassen kann. Deutsche Gründlichkeit und Wissenschaft schaffen Flugzeuge, die an Geschwindigkeit, Steigvermögen und Wendigkeit allen andern Flugzeugen, insbesondere in größeren Höhen, überlegen sind.

An den deutschen Erfolgen ist auch in hervorragendem Maße das Maschinengewehr beteiligt, das sich von Anfang an der Bewaffnung des Gegners in jeder Beziehung bei weitem überlegen gezeigt hat, sowohl in der Leichtigkeit wie auch in der Feuergeschwindigkeit und Zuverlässigkeit.

In dem gleichen Maße wie wir das einzelne Flugzeug verbessern, vervollkommnen wir auch die Ausbildung des Fliegerersatzes, nicht durch Massenausbildung, sondern durch Vertiefung der Einzelausbildung, der die neuesten Erfahrungen und Forderungen der Front zugrunde gelegt werden. Neben der immer ausgedehnteren fliegerischen Ausbildung und dem umfangreichen theoretischen Unterricht über die vielen in Frage kommenden Gebiete ist die Schießfertigkeit immer mehr gefördert worden. Besonders eingehende Lehrgänge für Artilleriefliegen, Funker, für Bombenwurf, Kampf-Einsitzer, Geschwaderflüge sorgen dafür, daß nur hervorragend ausgebildete Flieger, die allen Anforderungen gewachsen sind, an die Front kommen. Unerbittlich wird jeder, der sich im Laufe der Ausbildung als nicht geeignet erweist, ausgeschlossen. Nur so ist es möglich, uns vor unnützen Verlusten zu bewahren.

Aber selbst in der Front wird noch infolge der raschen Entwicklung der Fliegerwaffe an der Weiterbildung aller Flieger gearbeitet. In flugfreien Stunden werden durch Kurse, Vorträge, Lösen von Uebungsaufgaben die Erfahrungen bei den verschiedenen Abteilungen und an den verschiedenen Fronten ausgetauscht und allen zugänglich gemacht. Die Erfahrungen und die Erfolge einzelner Flieger kommen die andern zum Nacheifer an. Durch Uebungen und Besprechungen mit andern Waffengattungen wird das Verständnis und das Zusammenarbeiten aller Waffen gefördert.

Planmäßig wird an allen Stellen, in der Heimat wie im Felde, mit rastlosem Eifer an dem Ausbau der Fliegerwaffe gearbeitet. So ist die Hoffnung berechtigt, daß unsre Flieger und unsre Industrie, getreu dem Grundsatz „Nicht Menge, sondern Güte", die Herrschaft in der Luft bewahren werden. —

Gegen die Borussen.

Friedrich Thimme, der Bibliothekar des Abgeordnetenhauses, setzt in den „Grenzboten" seinen Feldzug gegen Heydebrand folgerichtig fort. In seinem zweiten Briefe führt er das schwerste Geschütz gegen die jetzige konservative Taktik auf. Er wirft ihr vor, daß sie den innern Zusammenhang mit ihren beiden ursprünglichen Grundlagen, mit Thron und Altar, Monarchie und Christentum verloren habe.

Thimme geht vom Begriff des Königtums von Gottes Gnaden aus. Dieser Begriff bedeutet nicht, daß der Monarch in einem wunderbaren Verhältnis besonderer Berufung und Erleuchtung durch Gott stehe, sondern daß er die Krone nach göttlichem Vorbild auszuüben alle Kraft anstrengen wolle. Vor Gott aber sind sämtliche Menschen gleich, ohne Unterschied der Geburt, des Standes oder gar des Besitzes; vor Gott bedeutet das willige Scherflein der armen Witwe unvergleichlich viel mehr als die kostbarsten Gaben der Reichen. Die Verheißung des Evangeliums gelte vorzugsweise den Armen und Entrechteten. In seinem Geiste leuchte das Kaiserwort aus Kriegsanfangszeit, daß er nur noch Deutsche kenne, die Friedensbotschaft vom Dezember 1916 und die Osterbotschaft von 1917. Das Klassenwahlrecht mit seiner ausgesprochen unchristlichen und mammonistischen Art preisgegeben und dafür die freie und freudige Mitarbeit aller Glieder des Volkes zum Grund- und Eckstein des Staatsneubaues zu erklären, das sei wirkliches und wahres Gottesgnadentum. Ein solches Königtum von Gottes Gnaden dürfe natürlich nicht darauf aus sein, möglichst viel Vorrechte an sich zu raffen und ängstlich festzuhalten, es werde oder müsse vielmehr einem treuen, tapfern, tüchtigen und hochentwickelten Volke — Worte der Osterbotschaft — das rückhaltlose Vertrauen entgegenbringen, daß es auch von neuen Rechten den besten Gebrauch machen werde.

Unter Heydebrands Führung widerstrebe nun die konservative Partei der politischen und sozialen Gleichberechtigung aller Volksklassen aus Leibeskräften. Die kaiserliche Initiative bei der Friedensbotschaft und bei der Osterbotschaft habe sie mißvergnügt und unfreundlich aufgenommen und in den „Alldeutschen Blättern" mit höhnischen Worten glossiert. Die Ankündigung der

Preisgabe des Klassenwahlrechts

habe Heydebrand selbst mit den erregten Worten beantwortet: „Das ist einfach unverantwortlich!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170616-12/fragment/page=0001

Auch nachdem das unselige, mit dem Geiste des Christentums vollkommen unvereinbare Klassenwahlrecht durch den Mund des preußischen Königtums gerichtet sei, klammere sich Heydebrand daran fest. Eine Massenflucht gläubiger Christen und Pastoren aus der konservativen Partei habe eingesetzt, seit die Konservativen alle sittlichen und sozialen Gesichtspunkte preisgegeben und sich zu einer reinen Interessenpartei umgewandelt hätten. Die christliche Arbeiterschaft sei von der konservativen Partei weiter entfernt als je, seit Heydebrand das Dreiklassen-Wahlrecht, das doch nur das Zerrbild und die Karikatur einer Volksvertretung schuf, als nahezu ideal hingestellt habe.

Heydebrands Politik breche aber nicht nur mit dem Christentum, sondern auch mit der Monarchie. Niemand konnte den Hohenzollernstolz tiefer beleidigen und verwunden, als Heydebrand mit seiner „bangen" Frage, ob noch unser Kaiser und König regiere oder Herr Scheidemann. Wenn Heydebrand dann fortfahre, die konservative Partei erwarte, daß der König sie ruft, so stelle sie sich nicht etwa dem Monarchen zur Verfügung, um die Politik Wilhelms 2. durchzuführen, welche ja gerade von den Konservativen als eine Politik haltloser Schwäche wütend angegriffen werde, sondern wolle dem Monarchen die konservative Parteipolitik auferlegen. Eines Tages werde dann die konservative Partei vor der für sie verzweifelten Wahl stehen: Bruch mit der Krone oder Unterwerfung der Krone unter konservative Parteidiktatur. Auf die reine Macht- und Interessenpolitik gestellt, als Klassenpartei der Alldeutschen, der Agrarier und Schwerindustriellen, sei die

konservative Partei verloren.

Die einzige Rettungsmöglichkeit für sie sei rasche Umkehr, Rückkehr zu Christentum und Monarchie und Betätigung für eine Neuordnung im christlichen Geiste der Gleichheit und dem nationalen Geiste der Verfassung des ganzen Volkes.

Für den Sozialisten ist es eine merkwürdige Sprache, die Dr. Friedrich Thimme führt. Sie klingt uns so fremd, wie etwa einem Pastor eine sozialdemokratische Diskussion über Klassenkampf und materialistische Geschichtsauffassung. Aber auch aus den fremden Worten hören wir heraus, wie wuchtige Schläge gerade mit konservativen Waffen Thimme dem starren System Heydebrands versetzt. Als Grund für sein Vorgehen gibt Thimme selber an, daß er Heydebrands Widerstand gegen die neue Zeit für vollkommen aussichtslos ansieht. An der Arbeiterschaft wird es sein, durch scharfe politische Aufmerksamkeit und festen Zusammenhalt diese Vorhersage wahr zu machen und den Bankrott der konservativen Politik zu vollenden, der wir es zuzuschreiben haben, daß Deutschland in der ganzen Welt Gegner besitzt. —

Was der Krieg bringt.

Die Eroberung Griechenlands.

Die Absetzung des Griechenkönigs Konstantin gelang den Engländern und Franzosen vermittels eines regelrechten militärischen Aufmarsches, den sie in den letzten Wochen durchgeführt hatten. Französische Truppen der Saloniki-Armee, die nebenbei noch den Auftrag hatten, die für die Ernährung des griechischen Volkes unentbehrliche thessalische Ernte zu beschlagnahmen, rückten in Thessalien ein. Die Italiener marschierten durch Epirus und besetzten Janina. Ein aus allen Ententetruppen gemischtes Korps landete bei Itea an der Nordküste des Korinthischen Golfes, besetzte die Stadt Korinth und trennte damit den Peloponnes von dem übrigen Griechenland. Der Oberkommissar der Entente, Jonnart, stand vor dem Piräus mit einem starken Landungskorps bereit, um die Hauptstadt zu besetzen.

Der englische Reuter meldet, daß ein französisches Jägerbataillon eine Stellung zwischen Baba und Larissa besetzt hat. Elassona und Cernowa wurden ohne Zwischenfall besetzt. Eine Kavallerieabteilung drang bis Larissa vor. Trotz der Versicherung des griechischen Generals, daß sich die Soldaten ergeben würden, leisteten die griechischen Truppen Widerstand. Bei den Franzosen wurden sechs Mann getötet, 20 verwundet. Der griechische General Bawas wurde gefangengenommen.

Die Londoner „Daily Mail" meldet, daß die deutschfreundlichen politischen Führer Gunaris, Dusmanis, Metaxas und Mercuris unter der Aufsicht der Alliierten aus Athen fortgeschafft werden.

Es hat also eine regelrechte Eroberung des Landes stattgefunden. Diese militärische Operation erfolgt gegen einen Staat, der bisher strikt die Neutralität gewahrt hatte und nur den einen Wunsch kannte, sie auch weiterhin zu wahren. Es ist das erstemal in dem fast dreijährigen Kriege, daß der Entente ein einheitlicher militärischer Aufmarsch geglückt ist. Allerdings erfolgte er gegen eine Armee, der man vorher die Waffen abgelistet, und gegen ein Volk, das man durch Hunger zermürbt hatte. —

*

Griechenlands Könige.

Kein Herrscher des modernen Griechenstaates hat seine Regierungszeit auf natürlichem Wege, durch sein Hinscheiden, beendet. Alle Hellenenfürsten sind zwangsweise, sei es durch Mord, sei es durch Absetzung, vorzeitig entthront worden.

Die Reihe eröffnet ein Mann, der zwar nicht den Königstitel getragen hat, der aber doch mit monarchischer Gewalt über Griechenland gebot. Es ist der Graf Kapodistrias, der erste Präsident der griechischen Republik. Er hatte das gleiche Schicksal wie der vor 4 Jahren ermordete König Georg: er wurde auf der Straße niedergemacht. Kapodistrias stammte aus Korfu. Zunächst diente er dem Staate der Jonischen Inseln, dem ersten Stück hellenischen Bodens, dem eine Autonomie bewilligt wurde. Er trat dann im Jahre 1811 in russische Dienste. Er hoffte mit Rußlands Hilfe die Griechen von der türkischen Herrschaft zu befreien; als er aber erkannt hatte, daß der Zar für solche Pläne nicht zu gewinnen war, nahm er im Jahre 1822 seine Entlassung.

Unterdessen hatten die Hellenen selbst ihren Freiheitskampf begonnen. Am 14. April 1827 wählte eine Volksversammlung zu Damala den Grafen Kapodistrios zum Präsidenten der griechischen Republik. Im nächsten Januar trat er sein Amt als „Kybernetes", wie es formell hieß, an. Er fand jedoch ein Chaos vor, das er nicht zu ordnen vermochte. Mit fester Hand suchte er die Bandenführer, die den Türkenkrieg durchgefochten hatten, unter die Autorität der Gesetze zu zwingen, aber seine Anstrengungen blieben vergeblich. Als er Petrow Mauromichalis, den Häuptling der Mainoten, der Nachkommen der alten Spartaner, verhaften ließ, schwur dessen mächtige Sippe dem Präsidenten Rache. Der 9. Oktober 1831 wurde für die Tat ausersehen. Als sich Kapodistrias in Nauplia zur Kirche begeben wollte, wurde er unterwegs von Konstantinos und Georg Mauromichalis, dem Sohn und dem Bruder des Verhafteten, überfallen und ermordet.

Der Tod des Präsidenten war das Signal zum Ausbruch eines Bürgerkrieges, der erst ein Ende nahm, als die Mächte auf der Londoner Konferenz vom 7. Mai 1832 einen König von Griechenland bestellten. Ihre Wahl war auf den Prinzen Otto von Bayern, den Sohn König Ludwigs 1. von Bayern, gefallen, der damals im Alter von 17 Jahren stand. Im August wurde er von der Nationalversammlung zu Nauplia anerkannt, und am 6. Februar des nächsten Jahres erfolgte sein Einzug in dieser Stadt. König Otto erhielt die nachdrücklichste Unterstützung seines Vaters, der ihm ein bayrisches Truppenkorps und eine Reihe bayrischer Ratgeber mitgab. Zunächst leitete eine Regentschaft das Land, die nur aus Bayern bestand, bis der König im Jahre 1835 für großjährig erklärt wurde. Die Griechen gewannen die Empfindung, unter deutscher Fremdherrschaft zu stehen und haßten schließlich alle Bayern aufs grimmigste. Ebensowenig behagte ihnen das absolutistische System, nach dem der König regierte. So kam es schon im Jahre 1843 zu einer Militärrevolution, die zur Bewilligung einer Verfassung führte. Diese Konzession genügte den Griechen auf die Dauer nicht. Am 19. Oktober 1862 begann eine neue Revolution in den Bergen von Akarnanien. Nach 3 Tagen schloß sich auch Athen der Freiheitsbewegung an. Eine provisorische Regierung konstituierte sich, die den König Otto für abgesetzt erklärte. Er mußte nach 30jähriger Regierung das Land verlassen.

Die Griechen beschlossen, auch nach der Vertreibung der bayrischen Dynastie bei der monarchischen Staatsform zu bleiben. Die provisorische Regierung ordnete eine Königswahl auf Grund des allgemeinen Stimmrechts an. Das Volk entschied sich mit großer Mehrheit für den Prinzen Alfred von Großbritannien und Irland, Herzog von Edinburg, der schließlich Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha wurde, nachdem er längst die Krone Griechenlands abgelehnt hatte. Nach manchen Schwierigkeiten einigte man sich auf den Prinzen Wilhelm von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, den zweiten Sohn des dänischen Thronfolgers, nachmaligen Königs Christian 9. Der Prinz war erst 17 Jahre alt; am 30. Oktober 1863 hielt er als König Georg 1. seinen Einzug in Athen. Zwölf Tage vor seinem 50jährigen Regierungsjubiläum ereilte ihn in Saloniki, der kurz zuvor eroberten Stadt, die Kugel.

Sein Sohn und Nachfolger, Konstantin 1., ist nun von der Entente beseitigt worden. —

* * *

Der Fliegerangriff auf London.

Nach amtlicher englischer Mitteilung wurden bei dem Fliegerangriff 25 Männer, 16 Frauen und 26 Kinder getötet, 223 Männer, 122 Frauen und 94 Kinder verwundet. Die ersten Bomben wurden, so melden die Engländer weiter, etwa um 11½ Uhr vormittags in den östlichen Außenbezirken Londons abgeworfen. Zahlreiche Bomben fielen dann in schneller Aufeinanderfolge in den verschiedenen Bezirken von Ostend nieder. Eine Bombe traf einen Eisenbahnzug bei der Einfahrt in die Station; hierbei wurden sieben Personen getötet und sechzehn verwundet. Eine weitere Bombe traf eine Schule, tötete zehn und verwundete etwa 50 Kinder. Zahlreiche Speicher wurden beschädigt, hierbei entstanden Feuersbrünste. Der Luftangriff über London dauerte 15 Minuten.

Im Unterhaus bestätigte Bonar Law, daß sich 12 bis 15 feindliche Flugzeuge am Angriff beteiligten. Sie erreichten unweit Northforeland, wo zwei Bomben geworfen wurden, die Küste und begaben sich direkt nach London. Die Abwehrgeschütze kamen sofort in Tätigkeit, und eine große Anzahl Flugzeuge stieg zur Verfolgung auf. Bisher steht fest, daß ein feindliches Flugzeug herabgeschossen wurde. Später fügte Bonar Law der ersten Mitteilung eine zweite hinzu, worin er sagte, daß die Zahl der Toten auf 80—90 (die obige amtliche Ziffer ist aber schon höher) und die Zahl der Verwundeten auf 400 geschätzt werde. Obwohl Gerüchte umlaufen, daß eine Anzahl Flugzeuge heruntergeschossen wurden, habe der Minister keine Mitteilung erhalten. Fest stehe das nur für das eine Flugzeug, welches er erwähnte.

Eine Reutersche Privatdepesche sagt, daß die deutschen Flugzeuge zwischen 11 Uhr 30 und 11 Uhr 45 Minuten zuerst bei klarem Himmel gesichtet wurden. Sie sahen wie glänzende Silberstückchen aus. Leichte und schwere Abwehrgeschütze eröffneten sofort das Feuer. Trotzdem hielten die Flieger sich zusammen und begaben sich in direkter Linie nach London. Erst dort trennten sie sich, denn die Tausende von Menschen, welche beim Knall der Explosion auf die Straße liefen, sahen nur vereinzelte Flugzeuge. Auf dem Nordufer der Themse sammelten sich die Flieger wieder. Wo immer sie flogen, sah man Schrapnelle — und oft ganz in der Nähe der Flugzeuge — platzen. Das schreckte aber die Flieger nicht aus ihrem Kurs. Sie flogen in Zickzacklinie weiter. Dann hörte man wieder die Explosionen, als sie ihre Bomben warfen. —

* * *

Der Seekrieg.

Ein russisches U-Boot verloren. Aus Petersburg wird gemeldet: Das Unterseeboot „Bars", das am 16. Mai ausgelaufen ist, ist bisher nicht zurückgekehrt. Man nimmt an, daß das U-Boot verloren ist.

Englische Verlustliste. Die englische Admiralität teilt mit, daß in der letzten Woche 22 Schiffe über und 10 Schiffe unter 1600 Tonnen versenkt wurden. 23 Schiffe wurden erfolglos angegriffen. 6 Fischerfahrzeuge wurden versenkt.

Versenkt und gefunken. Das norwegische Ministerium des Aeußern teilt mit: Dampfer „Brieih" von Porsgrund (1062 To.) wurde am 11. Juni nachmittags versenkt. Die Besatzung ist in Lerwick gelandet. Dampfer „Sverland" von Haugesund (2472 To.) wurde 160 Seemeilen von Ushant versenkt. Die Besatzung ist gerettet. Das Generalkonsulat Bilbao meldet: Dampfer „Tordenvore" von Farsund (1450 To.) wurde am 9. Juni versenkt. Die Besatzung, 18 Mann, ist in Vigo angekommen. „Aftenposten" meldet, daß die beiden schwedischen Segler „Elianna" und „Edward" gesunken sind. Das dänische Ministerium des Auswärtigen teilt mit: Der dänische Dampfer „Dana" wurde auf der Reise von England nach Dänemark mit einer Kohlenladung in der Nordsee versenkt. Der Kapitän und 15 Mann sind gerettet und in Grimsby gelandet, vier Mann der Besatzung sind umgekommen. Die Mehrzahl der mit der „Sequana" untergegangenen Soldaten waren Senegalschützen. Auch einige weiße Offiziere sind ertrunken. —

* * *

Noch nicht genug?

An die Mütter richtet in der Breslauer „Volkswacht" eine Frau diese Worte:

Die Zeitungen melden von dem Gemetzel in Flandern: „Die Verluste der Engländer in den Kämpfen im Wytschaetebogen sind ganz außerordentlich hoch und kommen den Verlusten der Franzosen am 16. und 17. April gleich. Ohne Zweifel sind sie höher als unsre Verluste einschließlich der Gefangenen-Einbußen."

Man ist in dieser grausigen Zeit derartige Meldungen schon fast gewohnt. So mancher Zeitungsleser liest auch über diese Zeilen hinweg, ohne weiter über das Entsetzen nachzudenken, das aus dieser Meldung uns entgegenstarrt. Manche der vom Kriege betäteten Familien, denn es gibt auch jetzt noch deren mehr als wir glauben, geht nach einer solchen Meldung zu dem gewohnten Tagewerk über. Nur wer selbst geblutet, fühlt die Qualen andrer. Nur wer selbst einen draußen hat oder gehabt hat, sieht bei solcher Meldung die

brennenden Augen der Kneben,

deren letzter Gedanke dem Vaterhaus gilt, der hört den schmerzvollen Schrei der Zerschmetterten, das angstvolle Stöhnen der Verschütteten, der fühlt das atemlose

Fieber der Sturmangriffe,

der kennt die zuckende Pein der Angst und Qual des Mutterherzens daheim.

Tausende von Männern liegen mit zermalmten Gliedern tot unter den glühenden Strahlen der Junisonne. Sie alle, die der Zukunft größte Werke bauen sollten, sie alle, die wieder eine Verständigung tragen sollten von Volk zu Volk, die neue Werte aus den Trümmern schaffen und die der Heimat tausend blutende Wunden heilen sollten, — sie alle sind dahin!

Ist's nicht ein Wunder, daß sich die Aengste und die Sorge die Qualen und die Seufzer, die fast den ganzen Erdball jetzt umspannen, nicht sichtbar zeigen, wie Fäden und Netze, an denen die Tränen der Mütter hängen? Ihr Mutterforge nicht gleich in England, in Frankreich, bei den Schwarzen und Kanadiern, wie bei uns? Wachen wir Mütter denn noch nicht auf und schreien: Haltet ein, hört auf mit dem unsinnigen Gemetzel? Lassen wir alle zerstampften Dörfer, verbrannten Städte, zerschossenen Kunstwerke, denken wir

nur an die Menschen,

die zerrissenen, toten jungen schönen Menschen! Es ist in erster und letzter Linie Menschenleben, rotes, warmes Menschenblut, um das es sich da draußen handelt! Menschengleiber sind es, die mit den unerhörtesten und raffiniertesten technischen Hilfsmitteln vernichtet und verstümmelt werden.

Was nützen alle ökonomischen Vorschläge der Bevölkerungspolitiker, wenn draußen täglich mehr verwüstet wird, als Jahre wiedergeben können, wenn die Manneskraft vergeudet wird, die wir für eine neue Menschheitsblüte brauchen. Sind nicht die vor allem draußen, die jung und stark, die schön und gesund sind? Daheim sind die Schwachen, Kranken, die Zurückgekehrten — und die Klugen!

Ist nicht bisher jeder Krieg von der beteiligten Seite als rechtmäßig empfunden worden? . . . Welcher Erfolg, moralisch, ethisch, politisch, geschäftlich oder wie er auch sein möge, kann uns unsre Söhne ersetzen? Denkt nicht jede Frau in ihrem Innern so wie die, die nach außen hin sich anders zeigt? Ihr Mütter denkt daran, es sind die

Leiber eurer Söhne

da draußen, die weiter bluten müssen. Soll es auch um des Geldes oder um Eroberungen willen geschehen?

Ihr Mütter der ganzen Erde, hört ihr den Schrei eurer sterbenden Söhne, eurer Kinder, die ihr gehegt und bewacht, für die ihr gesorgt und gearbeitet habt, für deren Zukunft ihr darbtet!

Ihr Mütter in England, Rußland, Frankreich, ihr Mütter der Italiener oder Rumänen, vereinigt euern Ruf mit unserm Ruf nach Frieden, nach dem Aufhören des grausamen Gemetzels und dem Opfern unsrer jungen und blühenden Söhne — der Zukunft der Welt.

Ihr

Mütter aller Länder

erhebt eure Stimme und sucht euch zu vereinigen, die Liebe zu euern Söhnen wird euch den rechten Weg weisen und euern Wor-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170616-12/fragment/page=0002

ien die Kraft geben, damit die Welt aufhorcht, und euch wird das gelingen kraft eurer Liebe, was bisher nur die Wenigen dort oben im Norden versuchen und deren Hilfe ihr immer sicher sein könnt. —

„m"

* * *

Die Verhandlungen in Stockholm.

Ueber die Verhandlungen der deutschen Delegation mit dem holländisch-skandinavischen Komitee wird folgende Mitteilung ausgegeben:

Die Delegation der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften Deutschlands hat am 11., 12. und 13. Juni mit dem holländisch-skandinavischen Komitee über die Fragen verhandelt, die das Komitee den sozialistischen Parteien der einzelnen Länder vorgelegt hatte. Besonders eingehend wurde dabei die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zu Elsaß-Lothringen und die Belgien betreffenden Fragen behandelt. Die Behandlung der einzelnen Fragen war sehr eingehend. Zu den vorgelegten Fragen hatte die deutsche Delegation in einem eingehenden Memorandum, das wir demnächst veröffentlichen, Stellung genommen.

Die deutsche Delegation hat entsprechend den Beschlüssen des internationalen Sozialistenkongresses von Kopenhagen dabei auch erneut ihre Auffassung über die Frage der internationalen Schiedsgerichte, der Rüstungsbegrenzung, die Abschaffung des Seebeuterechts und der Geheimdiplomatie klargelegt und sich entschieden gegen jede Fortsetzung des Krieges als Wirtschaftskrieg nach dem Friedensschluß ausgesprochen. Auch internationale Vereinbarungen über eine Verbesserung und Ausgleichung der sozialpolitischen Gesetzgebung aller Länder wurden entsprechend dem noch zuletzt vom internationalen Gewerkschaftsbund erhobenen Forderungen verlangt.

Die deutsche Delegation erklärt sich, ihren früheren Beschlüssen entsprechend, ohne Vorbehalt zur Teilnahme einer allgemeinen sozialistischen Friedenskonferenz bereit., weil sie es für selbstverständliche Pflicht eines jeden Sozialisten hält, für einen dauernden Frieden zu arbeiten.

Zum Schlusse der Verhandlungen gab Troelstra eingehenden Bericht über die bisherige Tätigkeit des holländisch-skandinavischen Komitees und die Vertreter des Internationalen sozialistischen Bureaus. Die holländischen Mitglieder des Internationalen sozialistischen Bureaus und die Vertreter der sozialistischen Parteien der drei skandinavischen Länder hätten sich durch die Schwierigkeiten, die ihrer Tätigkeit entgegenstanden, nicht abhalten lassen, unbeirrt ihre Ziele zu verfolgen, eine Basis zur Verständigung für gemeinsames Arbeiten aller sozialistischen Parteien für einen baldigen dauernden Frieden zu finden.

Wann eine allgemeine sozialistische Konferenz stattfinden kann, läßt sich noch nicht feststellen. Nach einer in Stockholm eingetroffenen Drahtnachricht reist die Haase-Gruppe am 21. Juni von Berlin ab. — Eine Meldung ist ferner in Stockholm eingegangen, daß die Engländer unterwegs sind. —

* * *

Neuordnung in Finnland.

Dem finnischen Landtag ist eine Reihe von Gesetzesvorschlägen vorgelegt worden, die eine umfassende politische und soziale Neuordnung einleiten sollen. Zunächst soll die Verantwortlichkeit der Minister gegenüber dem Landtag festgelegt werden. Bisher waren die Minister nur dem Großfürsten, dem russischen Zaren, gegenüber verantwortlich, was zur Folge hatte, daß die Mitglieder des Senats, welche die finnische Regierung darstellen, namentlich in den letzten Jahren als willenlose Handlanger des russischen Willkürregiments auftraten. In Zukunft soll ein aus zwölf vom Landtag gewählten Mitgliedern bestehendes Gericht unter Vorsitz des Präsidenten des obersten Gerichtshofs über Rechtswidrigkeit der Minister zu urteilen haben.

Sodann soll das Interpellationsrecht des Landtags erweitert und gesichert werden; die Regierung soll verpflichtet werden, auf Anfrage Auskunft zu erteilen. Seit 1907 hatte die Regierung keine einzige der vielen Interpellationen beantwortet, die an sie gerichtet worden waren.

Ein dritter Gesetzesvorschlag bezweckt die Verbesserung der Lage der Juden in Finnland, die bisher der schändlichsten Verwaltungswillkür überliefert waren. Sie hatten als Nichtchristen keine Möglichkeit, finnische Staatsbürger zu werden und durften sich in Finnland nur auf Grund eines vom Gouverneur für 6 Monate ausgestellten Berechtigungsscheins aufhalten. Alle Reformversuche, namentlich auch der sozialdemokratischen Landtagsmehrheit, hat bisher die reaktionäre Regierung vereitelt. Jetzt, wo die Juden in Rußland gleichberechtigt geworden sind, wird wohl endlich auch ihre schändliche Mißhandlung in Finnland aus der Welt geschafft werden.

Die russische Regierung hat sich mit der Behandlung dieser Reformfragen durch den finnischen Landtag einverstanden erklärt.

* * *

Nationalliberale und Wahlreform.

Die Nationalliberalen der Provinz Sachsen haben kürzlich, wie wir berichteten, auf ihrem Provinzialparteitag mit ziemlicher Mehrheit einen Antrag angenommen, der sich für die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen aussprach. Als erstes Blatt veröffentlichte die „Magdeburgische Zeitung" diesen Beschluß. Sie hat dabei als offizielles Parteiorgan der Nationalliberalen ohne Zweifel im Einverständnis mit der Parteileitung gehandelt. Sonderbarerweise brachte nun aber die „Nationalliberale Korrespondenz" die Zuschrift eines Wahlkreisvorsitzenden, nach welcher die Veröffentlichung des Beschlusses Befremden erregt habe, weil ausdrücklich die Vertraulichkeit der Beratungen betont war. Weiter hieß es in der Mitteilung: „Da die Frage starke Meinungsverschiedenheiten ausgelöst hatte und keineswegs hinreichend geklärt schien, wurde Widerspruch gegen die Vornahme einer Abstimmung laut. Man war schließlich damit einverstanden, daß diese Abstimmung keinerlei Festlegung bedeuten, sondern einen rein informatorischen Charakter haben sollte."

Dasselbe parteiamtliche Organ muß nun aber in seiner neusten Ausgabe folgendes mitteilen: „Wie wir auf Grund einer Nachfrage an zuständiger Stelle erfahren, ist in der Mitteilung des Vorsitzenden des Wahlkreises Halberstadt-Oschersleben-Wernigerode insofern ein Irrtum untergelaufen, als die Verhandlungen der Magdeburger Tagung vom 3. Juni zwar vertraulich waren, die Vertraulichkeit sich aber nicht auf die Mitteilung des Ergebnisses bezog. Die Veröffentlichung ist deshalb nicht zu beanstanden."

Danach liegen die Dinge so, daß die Veröffentlichung des Beschlusses nur gewissen Teilnehmern des Provinziallandtags unangenehm gewesen ist. Sie können sich mit dem gleichen Wahlrecht nicht befreunden und möchten gar zu gern verhindern, daß die nationalliberale Partei sich den Forderungen der Zeit anpaßt. Sieht man sich die Persönlichkeit des Wahlkreisvorsitzenden an, der der „Nationalliberalen Korrespondenz" zu ihrem peinlichen Reinfall verholfen hat, so wird das eben Gesagte ohne weiteres bestätigt. Vorsitzender des nationalliberalen Kreisvereins für Halberstadt-Wernigerode ist nämlich der Rechtsanwalt Deesen in Halberstadt, der dafür bekannt ist, daß er allem politischen Fortschritt abgeneigt ist. Wenn es nach ihm ginge, würde das gleiche Wahlrecht niemals in Preußen eingeführt. Glücklicherweise ist sein Einfluß in der Gesamtpartei nur gering, so daß er gegen die weiterblickenden nationalliberalen Politiker nicht aufkommt. Anderseits steht er aber keineswegs allein und es ist noch durchaus ungewiß, ob die vereinten reaktionären Kräfte in der nationalliberalen Partei nicht stark genug sind, um richtunggebend für die zukünftige Politik der Partei zu werden. —

* * *

Notizen.

Ablehnung eines neutralen Vorschlags. Von den Regierungen von Dänemark und Norwegen ist vor mehreren Monaten die Anregung ausgegangen, für den Fall eines Kampfes zur See Maßnahmen zu treffen, die es ermöglichen würden, Ueberlebende aus diesem Kampfe zu retten. Die beiden neutralen Regierungen haben dabei den Gedanken einer großzügigen neutralen Hilfsaktion entwickelt, dem die deutsche Regierung ihre volle Sympathie entgegengebracht hat. Sie hat demzufolge den Vorschlägen, die, soweit die formale Seite in Frage kommt, im wesentlichen nur in einer Kenntlichmachung der hilfebringenden Schiffe und Boote durch Genfer Flaggen gipfelten, rückhaltlos zugestimmt. Es wurde somit volle Uebereinstimmung mit den Regierungen von Dänemark und Norwegen erzielt. Damit der menschenfreundliche Plan im gegebenen Falle zur praktischen Durchführung kommen konnte, bedurfte es der Zustimmung der andern in Betracht kommenden kriegführenden Macht, d. h. Englands. Diese Zustimmung ist der dänischen Regierung gegenüber — versagt worden. —

*

Abermalige Verlängerung der Reichstags-Legislaturperiode. Mit einer abermaligen Verlängerung der Reichstags-Legislaturperiode ist nunmehr mit Bestimmtheit zu rechnen. In Regierungs- wie in Abgeordnetenkreisen ist man sich, wie das „Berliner Tageblatt" behauptet, darüber einig, daß die Neuwahlen keinesfalls schon im Januar nächsten Jahres stattfinden könnten, selbst dann nicht, wenn — was ja heute niemand wissen und voraussagen kann — bis dahin der Krieg zu Ende sein sollte. Die Rückkehr, insbesondere der Mannschaften und Offiziere des Beurlaubtenstandes, der Landwehr und des Landsturms, deren Wahlrecht unter keinen Umständen beeinträchtigt werden kann und soll, würde auch in diesem Falle sich vermutlich noch um viele Monate verzögern. Unter diesen Umständen steht eine nochmalige Verlängerung des Mandats des gegenwärtigen Reichstags, voraussichtlich um ein weiteres Jahr, das heißt bis zum 12. Januar 1919, in Aussicht. Eine entsprechende Vorlage dürfte dem Reichstag in seiner Oktobertagung zugehen. —

*

Große Streike in Frankreich. Das „Hamburger Fremdenblatt" meldet aus dem Haag: Der „Matin" berichtet, daß in Paris sowie Marseille, Orleans, Dijon, Grenoble, Rouen, Lyon, Bordeaux usw. etwa 60 000 Arbeiter aus mindestens 30 Berufsklassen die Arbeit niedergelegt haben. In allen Städten werden zahlreiche Personen verhaftet. —

*

Eine drohende Note Frankreichs an Spanien. Einer Londoner Meldung der „Politiken" zufolge, hat Frankreich eine scharfe Note an die spanische Regierung gerichtet, in der darüber Beschwerde geführt wird, daß Spanien keine Territorialgewässer zuwenig gegen die Uebergriffe deutscher U-Boote verteidige. Eine Verfäumnis in dieser Hinsicht müsse als ein zulässigmeidendes Mitwirken Spaniens am U-Boot-Krieg angesehen werden und könne die Alliierten zwingen, selber die Aufsicht über die fraglichen Gewässer zu übernehmen. —

* * *

Depeschen.

23 000 Tonnen versenkt.

W. T. B. Berlin, 15. Juni 1917. (Amtlich.) Neue U-Boot-Erfolge im Atlantischen Ozean: Fünf Dampfer und zwei Segler mit 23 000 B.-R.-To. Unter den versenkten Schiffen befanden sich u. a.: Der englische Dampfer „Cavina" (6539 To.), der japanische bewaffnete Dampfer „Minazaki Maru" (8500 To.), vollbeladen nach England, der russische Raaseglerschoner „Roma" und eine unbekannte französische Bark mit Oelladung nach England. Mit den übrigen Fahrzeugen sind u. a. vernichtet worden: 5000 To. Viehfutter, 2100 To. Weizen und 1500 To. Salzheringe.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Bis zum Ende.

W. T. B. Paris, 14. Juni. Der heutigen Kammersitzung wohnte der amerikanische General Pershing bei, der Kommandeur der ersten amerikanischen Division, die bald in Frankreich erwartet wird. Den amerikanischen Verbündeten wurden große Ovationen dargebracht, nachdem Ribot das Vorgehen in Griechenland als Ausfluß der Völkerbefreiung gefeiert hatte. Viviani, der aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrt ist, sagte: „Amerika ist mit dem Gedanken in den Krieg eingetreten, daß es keinen Frieden ohne Sieg gebe. Das muß auch unser Gedanke sein. Amerika wird bis zum Aeußersten gehen, indem es uns dauernde Mitarbeit gewährt. Unsre Pflicht ist heute einfach und tragisch. Sie heißt, bis zum Ende kämpfen, weil wir nicht einen faulen Frieden annehmen können, ohne die Söhne unsrer Söhne weiteren Opfern auszusetzen. (Lebhafter Beifall.) Die amerikanische Armee bringt uns ihre dauernde Hilfe. Verschiedener Ruhm wird unter verschiedenen Bannern geerntet. Alle freien Völker stehen aufrecht da. Es wird keinen Frieden geben, solange diese blutige Autokratie besteht, der wir bereits so fühlbare Streiche versetzt haben. Sie werden den Weg der Pflicht schreiten. Sie besteht einfach darin, vor allem Männer zu sein. Wir werden bis zum Ende gehen. (Lang anhaltender Beifall.) Zahlreiche Abgeordnete forderten den öffentlichen Anschlag der Reden Ribots und Vivianis. Er wurde durch Handaufheben unter großem Beifall beschlossen. —

*

Gegen die Fahnenflucht.

W. T. B. Petersburg, 14. Juni. (Petersburger Telegraphenagentur.) Der Bauernkongreß nahm eine Entschließung an die Fälle von Fahnenflucht verurteilt und alle Bürger zum unbeugsamen Kampfe gegen die Fahnenflüchtigen aufruft. In der letzten Zeit werden überall die schärfsten Maßnahmen ergriffen, um das Uebel zu bekämpfen. Die vorläufige Regierung veröffentlicht einen Erlaß, nach dem alle militärischen Vergehen, wie Ungehorsam, Meuterei, Fahnenflucht, Weigerung zu kämpfen, sowie Aufreizung zu diesen Vergehen mit Zwangsarbeit und Entziehung aller Rechte, darunter des Rechtes auf Grundeigentum, bestraft werden. —

*

Der Griechenkönig als Gefangener.

W. T. B. Athen, 14. Juni. (Havasmeldung.) In Athen herrscht vollkommene Ruhe. Die Straßen haben wieder ihr gewöhnliches Aussehen angenommen. Die Ausschiffung der Truppen der Alliierten auf der Landenge von Korinth rief keinerlei Zwischenfall hervor. Am Donnerstag morgen um 11 Uhr schifften sich König Konstantin, die Königin Sophie, der Thronfolger, Prinz Paul und die drei Prinzessinnen nach Tarent ein. —

*

Ein undankbarer Posten.

W. T. B. Berlin, 15. Juni. Nach einer Mitteilung der Londoner „Daily News" lehnten nicht weniger als sieben Führer von Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften die ihnen von Lloyd George angebotenen Posten als Nahrungsmittelkontrolleure ab. —

*

Explosionen.

W. T. B. London, 14. Juni. (Amtlich.) Bei einer Explosion in Ashton under Lyne wurden außer den Getöteten etwa 100 Personen verletzt. —

W. T. B. Neuyork, 14. Juni. (Reuter.) Als sehr früh am Morgen die Arbeiter der American Sugar Refining Company im Begriff waren, Zucker zur Ausfuhr zu verladen, erfolgte eine Explosion in dem Gebäude, in dem die Mischungen gemacht werden. Man glaubt, daß 20 Arbeiter unter den eingestürzten Mauern begraben und getötet wurden. —

* * *

Kämpfe in Flandern.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 15. Juni 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern setzte nach verhältnismäßig ruhigem Tage zwischen Ypern und Armentieres gestern 8.30 Uhr abends starkes Trommelfeuer ein, dem an der ganzen Front englische Angriffe folgten. Sie drückten nach Kämpfen, die an einzelnen Stellen bis zum Morgen andauerten, die Sicherungen zurück, die unsre weiter östlich liegende Kampflinie zwischen Hollebeke, Douve-Grund und südwestlich von Warneton seit dem 10. Mai erfolgreich gegen alle Angriffsvorstöße der Engländer verschleiert haben.

Nördlich des Kampffeldes bis zur Küste nur geringe Artillerietätigkeit. Im Handstreich hoben Stoßtrupps eines niederrheinischen Regiments am Yser-Kanal einen belgischen Posten von 25 Mann auf.

An der Artois front griffen die Engländer morgens nach heftigen Feuerwellen unsre Gräben östlich von Monchy an. Sie brachen an einigen Punkten ein, wurden jedoch durch Gegenstoß der Bereitschaften sofort hinausgeworfen. Ein Grabenstück westlich des Bois du Sart ist noch in Feindeshand.

Abends stießen mehrere englische Bataillone östlich von Loos vor. Auch hier wurde unsre Stellung durch kräftigen Gegenangriff gehalten.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Am Chemin des Dames lebte in den Abendstunden das Feuerkampf zu beiden Seiten der Straße Laon—Soissons und am Winterberg auf.

Unsre Sturmtrupps brachten von Unternehmungen gegen französische Gräben nordöstlich von Braye, westlich der Suippesniederung und auf dem östlichen Maasufer Gefangene und Beute zurück.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Keine größern Gefechtshandlungen.

Oestlicher Kriegsschauplatz

Lebhafte Feuertätigkeit bei Smorgon, westlich von Luzk und an den von Floczow und Halicz auf Tarnopol führenden Bahnen.

An der

mazedonischen Front

ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170616-12/fragment/page=0003

Kleine Chronik.

Die Schreckenstat eines Wahnsinnigen.

In einem Tonfuchsbau erschoß in Goslar der etwa 55 Jahre alte Schuhmachermeister Wilhelm Püster von seiner Wohnung aus das auf der Straße vorbeigehende Publikum. Glücklicherweise wurde niemand verletzt. Polizeibeamte, von der Feuerwehr unterstützt, versuchten in die Wohnung Püsters einzudringen, um ihn unschädlich zu machen. Dabei wurde der Polizeisergeant Fleischmann durch einen Kopfschuß tödlich und ein des Weges kommender Jäger leicht verletzt. Erst, als zwei Gruppen Jäger aufzogen, gelang es schließlich, den fortwährend schießenden Püster zu überwältigen und in die Todesschutzzelle des Armenhauses zu bringen. —

Der Kochstedter Mörder zum Tode verurteilt.

Vor dem Schwurgericht Dessau hatte sich am 14. Juni der 12 Jahre alte Arbeiter Severin Jankowiak aus Kochstedt in Anhalt wegen dreifachen Mordes, Mordversuchs und schwerer Körperverletzung zu verantworten. Jankowiak will das willenlose Werkzeug seiner Frau gewesen sein. Diese konnte ihres Mannes Sohn aus erster Ehe nicht leiden, hatte aber selbst einen Knaben mit in die Ehe gebracht. Der Junge blieb öfters von zu Hause fort, wurde schließlich ein Taugenichts, den der Vater im Kerker auf Anstiften der Frau in die Mulde warf, um ihn zu ertränken. Der Junge konnte sich aber retten und wurde nach dem Krankenhause überführt. Dort erzählte er den Vorgang, was natürlich bei den unmenschlichen Eltern ein Gefühl der Furcht vor Strafe hervorrief. Der Junge mußte deshalb später seinen Geschwistern und dem Wachtmeister gegenüber auf Drohungen der Mutter seine Aussagen widerrufen. Nach einigen Tagen lief der Junge zu einer Nachbarfrau, bei der er blieb und der er die Tat des Vaters berichtete. Auf die Vorwürfe dieser Frau drang die Frau Jankowiak in ihren Mann, mit ihr und den Kindern in den Tod zu gehen. Nachdem alle fünf ihre besten Kleider angelegt und ein gemeinsames Abendmahl gegessen und dabei ein Licht angezündet hatten, erschoß Jankowiak erst die Kinder, drückte seiner Frau einen Schuß in die linke Schläfe, sich selbst in die rechte Schläfe bei, die aber beide nicht tödlich waren. Die Frau erhängte sich dann. Das gleiche versuchte Jankowiak, aber riß aber der Strick. Der gefährliche Angeklagte wurde dreimal zum Tode und zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. —

„Der heimliche König von Düsseldorf."

In Düsseldorf waren, wie wir mitgeteilt haben, der Kommerzienrat Hermann Schönderff und der Spediteur O. Daniels verhaftet, der erste gegen eine Kaution von 2 Millionen, der zweite gegen 100 000 Mark wieder auf freien Fuß gesetzt, denn aber sind beide wieder in Haft genommen worden. Die Verhafteten hatten in Holland Waren in großen Massen angekauft, um sie an das Rote Kreuz, die Freiwillige Liebesdienstgesellschaft, an Stadtverwaltungen, Lazarette usw. zu bedeutend erhöhten Preisen, zum Teil auch unter weiterer Berechnung von Konjunkturgewinnen loszuschlagen. Schönderff ist Holzindustrieller und Bodenspekulant; mit dem Zigarrenhandel hatte er bisher nie etwas zu tun gehabt. Das schlimmste ist, daß, er dem Roten Kreuze, das er übervorteilte, als Vorstandsmitglied angehörte. Schönderff und sein Bruder haben in Düsseldorf einen außerordentlich großen Einfluß, der sich während des Krieges so gesteigert, daß man, wie das „Düsseldorfer Tageblatt" schreibt, mitunter glauben machte, sie seien die „heimlichen Könige von Düsseldorf". Dies Blatt schlägt nun Alarm, weil „von amtlichen und andern Stellen" Bemühungen im Gange seien, den Kommerzienrat weißzuwaschen. „Im Namen der öffentlichen Moral" fordert es daß „von keiner amtlichen Stelle" in das Verfahren einzugreifen oder Stimmung zu machen versucht werde. Es dürfe nicht der Schatten eines Anscheins möglich sein, als ob man in Düsseldorf nur die kleinen Diebe hängen wolle.

Ein geistesgestörter Kellner als Angeklagter.

Ein wohl noch nicht dagewesener Straffall von hohem psychologischen Interesse kam vor der 6. Strafkammer des Landgerichts 1 in Berlin zur Verhandlung. Der Angeklagte, Kellner Artur Herrnfeld, war beschuldigt, seit dem Jahre 1912 wiederholt unter Mißbrauch seines eigenen Namens bei den verschiedensten polizeilichen Dienststellen Groß-Berlins und außerhalb Berlins sich selbst als Täter bei verschiedenen Schwerverbrechen verdächtigt, dadurch wiederholt seine vorübergehende Festnahme veranlaßt und sich selbst unendliche Unannehmlichkeiten bereitet zu haben. Bei den verschiedenen Polizeibehörden und in zahlreichen zur Untersuchung liegenden Strafsachen teils telephonische Anzeigen, teils gefälschte oder anonyme Briefe eingegangen, in denen Herrnfeld als der Täter bezeichnet wurde. Derartige Anzeigen bezogen sich auf Einbruchsdiebstähle, den Mord am Teufelssee, den Raubmord Klaus und viele andere Straftaten.

Daran reihte sich eine Gruppe von Mystifikationen Berliner Zeitungen, die sich in der Form abspielten, daß der angebliche „Kommissar vom Dienst" den Redaktionen mitteilte, daß in gewissen, aufsehenerregenden Blutsachen der Kellner Herrnfeld als Täter ermittelt worden sei. Diese telephonischen Mitteilungen waren stets mit allerlei detaillierten Angaben über die Person des Herrnfeld verbunden. So erschien seinerzeit auch eine Notiz, nach der Herrnfeld als Mörder der Schillerin Lob festgenommen sei. Eine dritte von Mystifikationen befiand darin, daß in anonymen Anzeigen oder in schriftlichen Mitteilungen eines angeblichen „Polizeiagenten Brandel" nicht mehr der Name Herrnfeld genannt, aber eine so genaue Beschreibung von dessen Persönlichkeit gegeben wurde, daß nicht zweifelhaft sein konnte, wer gemeint sei. Alle diese Mitteilungen verrieten auffallenderweise eine große Kenntnis des innern Geschäftsbetriebs der Kriminalpolizei. Der Kriminalkommissar Gennat wurde mit der Bearbeitung dieser dunkeln Angelegenheit betraut und kam auf Grund einer ganzen Anzahl charakteristischer Momente und sonstiger Nachforschungen zu der Ueberzeugung, daß kein andrer als Herrnfeld selbst der Mann sei, der die Polizei in dieser Weise fortgesetzt an der Nase herumführte. Nach Ansicht des Kriminalkommissars muß das ganze Vorgehen eine pathologische Grundlage haben. Der Angeklagte sei Epileptiker, sei mehrere Jahre hindurch zur See gefahren und habe einen Teil des Weltkriegs in der österreichischen Armee mitgemacht.

Der Angeklagte wehrte sich mit allem Nachdruck gegen den Verdacht der Täterschaft, begann ein langes Klagelied über die fortgesetzte Verfolgung seiner Person und die vielen Drangsalierungen, die ihn wiederholt beinahe zur Verzweiflung gebracht hätten. Er verdächtigte einen ihm bekannten Kutscher Richard Krüger der Täterschaft und beschwerte sich sehr aufgeregt darüber, daß man die auf diesen weisenden Spuren nicht verfolgt habe. Bei der Erörterung der Ergebnisse der Fingerschau und der Art, wie die Fingerabdrücke zustande gekommen sind, steigerte sich die Erregung des Angeklagten derart, daß er plötzlich im Zuschauerraum unter einem schweren epileptischen Anfall zusammenbrach und längere Zeit in bewußtlosem Zustand verharrte. Rechtsanwalt Dr. Werthauer beantragte die Vertagung des Termins und Ausdehnung der Beweisaufnahme auch durch Ladung des Richard Krüger sowie Heranziehung eines Psychiaters; denn, wenn der Angeklagte wirklich der Täter sei, müsse man doch auf die Taten eines Wahnsinnigen oder eines Geisteskranken schließen. Das Gerichtshof beschloß die Vertagung. —

Raubmord an der eignen Mutter.

Wegen Raubmordes an seiner eignen Mutter wurde der Einjährig-Freiwillige Korporal Wohinz vom Standgericht des Grazer Heeresdivisionsgerichts zum Tode durch den Strang verurteilt. —

Verurteilung eines Schmugglers.

Wie die „Basler Nachrichten" melden, ist der deutsche Zollbeamte, der in der Nacht vom 2. auf 3. Juni ohne Paß, mit einem Zivilmantel bekleidet, sich auf Schweizer Gebiet begeben und beim Schmuggeln den schweizerischen Grenzwächtern Zuruf niedergeschossen hatte, vom deutschen Kriegsgericht wegen Diebstahlags zu 11 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. —

Einsturz eines französischen Automobilwerks.

Am Dienstag ist ein Teil der Gebäude des Automobilwerks Renault in Billarcourt eingestürzt. Zahlreiche Verletzte wurden in die Krankenhäuser gebracht. Der Unfall ereignete sich in einem 150 Meter langen, drei Stockwerke hohen Gebäude, in dem sich große Werkzeugmaschinen befanden. Gegen 10 Uhr morgens vernahm man lautes Krachen; das Alarmzeichen ertönte und zahlreiche Arbeiter verließen die Werkstatt. Ungefähr 10 Minuten später stürzte das Gebäude zusammen. Die Ausrüstungsarbeiten zur Bergung der Opfer werden fortgesetzt. Achtzehn Personen wurden getötet, 60 verletzt. —

Kaufe bei H. ELKAN

Amtliche Bekanntmachungen.

Milchkarten-Ausgabe.

1. Die Ausgabe der neuen vom 29. Juni an gültigen Milchkarten erfolgt für **Kinder, stillende Mütter und schwangere Frauen in den zuständigen Brotmarken-Ausgabestellen von Montag den 18. Juni bis einschließlich Sonnabend den 23. Juni 1917.** Die Ausgabe erfolgt an den einzelnen Tagen an **diejenigen Personen, welche an diesen Tagen ihre Brotmarken erhalten.**

Bei der Erneuerung der Milchkarten sind vorzulegen:

1. a) **Der neue Lebensmittelschein** des Haushalts, dem der Versorgungsberechtigte angehört.
   b) **der Stamm der alten Milchkarte.**
2. Wenn der Versorgungsberechtigte ist:
   a) **ein Kind** bis zu 12 Jahren: einen Altersnachweis (Geburtsschein, standesamtliche Geburtsurkunde),
   b) **eine stillende Mutter:** eine **Bescheinigung** der **Hebamme,** des Arztes oder der Säuglingsfürsorgestelle, daß die Mutter ihr Kind stillt — oder einen Ausweis der Krankenkasse darüber daß Stillprämien gezahlt werden.
   c) **eine Schwangere:** eine Bestätigung des Arztes oder einer zur Ausübung des Hebammengewerbes zugelassenen **Hebamme,** daß Schwangerschaft in den letzten drei Monaten besteht.

Bei der Ausgabe der Milchkarten für Kinder ist für die Entscheidung der Frage, welche Menge von Milch dem betreffenden Kinde zukommt, der Geburtstag des Kindes bestimmend.

Gelangt ein Kind während der Zeit, für welche die Milchkarte gilt, in eine Altersstufe, für die nunmehr eine geringere Milchmenge vorgesehen ist, so bleibt es noch bis zum Ablauf der Gültigkeit der Karte im Genuß der erhöhten Menge.

2. **Die Erneuerung der auf Grund ärztlicher Atteste** ausgestellten Milchkarten (ohne derjenigen für **alte Leute** über 75 Jahre) erfolgt im Grundstück **Marktplatz 22 (früher Hotel Goldener Ring), Erdgeschoß, im vorderen Saale,** nach folgender Ordnung an Personen, deren Familiennamen beginnen mit den Buchstaben:

A bis E am Montag den 18. Juni
F bis H am Dienstag den 19. Juni
J bis L am Mittwoch den 20. Juni
M bis R am Donnerstag den 21. Juni
S bis T am Freitag den 22. Juni
U bis Z am Sonnabend den 23. Juni.

Bei der Erneuerung ist der **neue Lebensmittelschein** und der **Stamm der alten Milchkarte** vorzulegen.

Eine Erneuerung der Karten findet nicht statt, wenn die Gültigkeitsdauer des Attestes inzwischen abgelaufen ist.

Milchkarten auf Grund der an den **letzten Tagen** überreichten Atteste werden nicht in den vorgenannten Stellen ausgehändigt, vielmehr erfolgt wegen Abholung besonder Benachrichtigung.

Neue Atteste sind dem Stadt-Ernährungsamt, Marktplatz 22, einzureichen.

Halle, den 14. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Es ist in der letzten Zeit festgestellt worden, daß die Kleinhändler den von den Großhändlern überwiesenen Einmachezucker vor der entsprechenden Bekanntmachung zum Verkauf gebracht haben. Wir machen die Kleinhändler nochmals darauf aufmerksam, daß Lebensmittel, mithin auch Zucker, erst nach der entsprechenden Bekanntmachung verkauft werden dürfen. Weitere Zuwiderhandlungen werden Bestrafung und Entziehung des Verkaufsrechts zur Folge haben.

Halle, den 16. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß zum Bezug von 1 Pfund Konserven berechtigte Ausweiskarten im Laufe der nächsten Woche gleichzeitig bei dem Empfang der Brotmarken in den zuständigen Brotmarkenausgabestellen zur Ausgabe gelangen.

Der Verkauf der Konserven darf nicht erfolgen, bevor nicht entsprechende Bekanntmachung ergangen ist.

Halle, den 14. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Neue Fettkarten.

Von Montag den 18. bis Sonnabend den 23. Juni werden in den Brotmarken-Ausgabestellen **neue Fettkarten** ausgegeben. Die Ausgabe erfolgt an den einzelnen Tagen an **diejenigen Personen, welche an diesen Tagen ihre Brotmarken erhalten. Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen.** Jeder Hausbalt bzw. Selbstverpfleger erhält eine Fettkarte. Die Karten sind mit Zweigverzeichnen, welche der Zahl der Angehörigen des betreffenden Haushalts entsprechen.

Personen, welche Butterbezugsscheine erhalten haben oder sonstwie Butter beziehen und bekommen, dürfen die Fettkarte nicht entnehmen.

Halle, den 14. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen den in nächster Woche zum Verkauf gelangenden **Kunsthonig am Sonnabend den 16., Montag den 18. und Dienstag den 19. Juni 1917** abzuholen.

Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 15. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, **Freitag den 15. und Sonnabend den 16. Juni 1917** bei den von ihnen gewählten Großfirmen die in zwei Verteilungen zum Verkauf gelangenden **Graupen** abzuholen.

Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 15. Juni 1917. **Der Magistrat.**

In Ausführung der Verordnung des Magistrats vom 8. Juni 1917 über die Verteilung von Einmachezucker wird folgendes angeordnet:

Die von den einzelnen Haushaltungen in Empfang genommenen Berechtigungsscheine zum Einkauf von Einmachezucker können vom Montag den 18. Juni an zum Einkauf von Einmachezucker verwendet werden. **Vor** diesem Tage sind die Händler **nicht** berechtigt, Einmachezucker zu verkaufen.

Es wird weiter neuerlich darauf hingewiesen, daß die Zuckerkarten für **Untermieter** (Zuckerkarten mit **rotem Aufdruck**) für **ungültig** erklärt sind. Künftig darf Zucker **nur** mehr auf Abschnitte der **neuen (violetten)** Zuckerkarte abgegeben und entnommen werden.

Halle, den 14. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Heute und folgende Tage kommen in den einschlägigen Geschäften lebende Schlachen zum Verkauf. Die Verkaufspreise sind in den betreffenden Geschäften zu ersehen.

Halle, den 16. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Die guten Ergebnisse, welche der Kriegsausschuß für pflanzlich und tierische Oele und Fette im Vorjahr bei der Gewinnung von Oel aus der Mandel der Obstkerne erreicht hat — es wurden aus 4 Millionen Kilogramm Obstkerne 190 000 Kilogramm Oel gewonnen — machen es bei der bestehenden Fettknappheit zu einer vaterländischen Pflicht, die Sammlung der Obstkerne in diesem Jahre noch weiter als im Vorjahr zu betreiben.

Der Magistrat der Stadt Halle wird eine Reihe von Obstkernsammelstellen im Stadtbezirk errichten. Es ergeht hiermit die Forderung an alle, sich an dem Sammeln von Obstkernen eifrig zu beteiligen. In den Sammelstellen wird für vorschriftsmäßig abgelieferte Kerne ein Sammellohn gezahlt werden, und zwar für das Kilogramm Kerne des Steinobstes 10 Pfennig, für Kirschkerne 15 Pfennig, für Apfelsinen- und Zitronenkerne 35 Pfennig.

Die weiteren Anordnungen und die Bezeichnung der Sammelstellen erfolgt demnächst.

Halle, den 14. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Bad Wittekind

Sonntag den 17. Juni, früh ½7 Uhr

Frühkonzert

Nachmittags 3½ Uhr

Kurkonzert

vom Stadttheater-Orchester unter Leitung des Kapellmeisters Noehren

Eintrittspreise:
früh 25 Pfg.
nachmittags 35 Pfg.
einschließl. städtischer Krankensteuer.

Zoo.

Reicher Tierbestand

Sonntag den 17. Juni nachmittags 3½ Uhr

Konzert des Gerlach-Orchesters

Leitung: Musikdirektor H. Gerlach.

Abends 7½ Uhr

Gr. Abend-Konzert.

Eintrittspreise:
Erwachsene 50 Pfg., von 7 Uhr abends an 35 Pfg., Kinder 20 Pfg., Militär ohne Dienstgrad zahlt vorm. 10 Pfg., nachm. 20 Pfg.
Bei ungünstigem Wetter finden die Konzerte im Saale statt.

Sozialdemokratischer Verein für Halle und Saalkreis

— Sozialdemokratische Partei Deutschlands. —

Montag den 18. Juni 1917, abends 8½ Uhr im Volkspark, Burgstraße 17

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. **Vortrag** des Landtagsabgeordneten Genossen **Otto Hue** (Essen):

Die Bedeutung der kapitalistischen Kartelle, Truste und Monopole.

2. Vereinsangelegenheiten.

Gäste haben Zutritt. **Der Vorstand.**

Sohlenschoner
alle Ausführungen, wie Leder- und Stahlsohlenschoner, Gummisohlen, Stahlabsätze, Federstahl-Sohlen

Schuhcreme
Reinigungscreme und Lack für schwarze, braune und weiße Schuhe — sehr preiswert

Einlegesohlen
jeder Art im Kaufhaus

H. Elkan, Leipziger Straße 87.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170629775191706 16-12/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 14. Halle, Sonnabend den 16. Juni 1917. 1. Jahrgang.

Wie die Parteispaltung nach und nach gekommen ist.

Von Adolf Thiele, Halle.

V.

Das eben ist der Fluch der bösen Tat . . .

Weder die Fraktionserklärung noch der die erste Bewilligung von der Fraktion fast einmütig beschlossene Abstimmungszwang hatte eine tiefere Mißstimmung zurückgelassen. Die Minderheit sagte sich, wie in den Hunderten ähnlicher Fälle stets, wenn die Meinung der Fraktion nicht einheitlich ist und deshalb durch Abstimmung in der Fraktion die Stellungnahme entschieden wird, daß sie nicht durchgedrungen ist. Sie mag das sehr bedauern. Aber in der Demokratie ist das nun einmal so und kann gar nicht anders sein. Auch von dem „Gewissenszwang", den die Mehrheit angeblich gegenüber der Minderheit ausübt, war damals noch nicht die Rede. Ein merkwürdiger politischer Begriff übrigens. Als ob das „Gewissen" der Ausdruck einer übernatürlichen Kraft in uns wäre, der unter keinen Umständen zu nahe getreten werden dürfte. Entleiden wir doch den Begriff seines magischen Nimbus, seiner mystischen Bedeutung.

Das Gewissen ist nichts andres und kann nichts andres sein als unsre Ueberzeugung, als das, was wir für richtig halten, sei es auf moralischem, geschäftlichem, politischem oder allgemein intellektuellem Gebiet. „Mein Gewissen schreibt mir vor" bedeutet nichts andres als „nach meiner Ueberzeugung muß ich so und so handeln". Dabei ist nichts geheimnisvoll, mystisch oder magisch. Natürlich findet man sich, je nach der Bedeutung des Einzelfalles, manchmal leicht, manchmal nur sehr schwer mit der Tatsache ab, daß man sich in einer Gemeinschaft sonst Gleichgesinnter einem Beschluß fügen soll, den man für falsch hält. Das ist jedoch stets nur ein Unterschied im Grade, nie ein Unterschied in der Art. Gewissen ist Ueberzeugung und Ueberzeugung ist Gewissen. Gestattet es der Einzelfall, daß jeder nach seiner Ueberzeugung stimmen kann, so geschieht das. In der Impffrage und in andern nicht unmittelbar politischen Angelegenheiten hat die Fraktion wiederholt die Abstimmung freigegeben. In so entscheidenden Fragen, wie es die Stellung der Fraktion zu den Kriegskrediten war, ist die persönliche Freiheit bei der Abstimmung von der überwältigenden Mehrheit, sogar mit Zustimmung von Anhängern der Minderheit, nicht gewährt worden, weil bei diesem politischen Akt ersten Ranges die Geschlossenheit der Fraktion nach außen dokumentiert werden sollte. Ein früheres Fraktionsmitglied hat sich allerdings voriges Jahr, nachdem die Fraktionsspaltung vollzogen war, gerühmt, daß er sich am 4. August 1914 dem Fraktionsbeschluß nicht gefügt, sondern vor der Abstimmung den Saal verlassen habe. Das hat damals niemand gesehen, und er hat, wie es echte Helden lieben, damals kein Wort über seine Tat verlauten lassen. Erst als keinerlei Gefahr mehr damit verbunden war, hat er der Welt seine ebenso charaktervolle wie verschwiegene Grundsatzfestigkeit verraten und dafür das Lob derer geerntet, auf deren Anerkennung es ihm antommt.

Die Unterordnung unter die Beschlüsse der Mehrheit, nicht unter ihre Meinung, ist so sehr das A und das Z jeder demokratischen Gemeinschaft, daß keine Ausnahme zulässig ist. Sollte es vorkommen, daß es sich um grundsätzliche Abweichungen so schwerer Art von der Ansicht der Mehrheit handelt, daß man nicht sich fügen kann, dann muß man eben aus der Gemeinschaft austreten. Als Eingänger kann man dann stets seiner persönlichen Meinung folgen. Als Glied einer demokratischen Gemeinschaft hat man sich der Mehrheit zu fügen. Das haben Bebel, der alte Liebknecht, Auer und andre so oft und so nachdrücklich betont, daß darüber kein Zweifel sein kann.

Auch die Fraktionsminderheit erblickte anfangs nichts Ungewöhnliches im Beschluß auf Abstimmungszwang. Sie fügte sich nicht aus Feigheit, sondern aus demokratischem Verständnis für die Situation, und weil sie, wie schon gesagt, die ganze Stellungnahme als Frage der Taktik, nicht als Frage der Grundsätze einschätzte. Als letztere ist sie erst viel später aufgeputzt worden, wie sich denn die ganze Opposition nur nach und nach entwickelt hat. Was nach halbjähriger Kriegsdauer noch nicht beanstandet worden war, gab nach einem weitern halben Jahre Anlaß zu ganz bösartigen Angriffen auf die Fraktionsmehrheit.

Die Opposition ist genau in demselben Maße gewachsen, in dem die Blutopfer des Krieges sich mehrten, das Elend in der Ernährungsfrage wuchs, die Mißgriffe der Regierung sich häuften, die Sehnsucht nach dem Frieden dringender wurde. Als ob das alles vermieden oder nur im geringsten vermindert worden wäre, wenn wir die Kredite verweigert hätten! Als ob die Mehrheit eine Mitschuld an den Fehlern der Regierung übernähme, wenn sie die Mittel bewilligte, daß die Familien der Krieger unterstützt werden konnten! Als ob die Schrecknisse nur um eine Minute verkürzt, um ein Jota abgeschwächt worden wären, wenn wir nein gesagt hätten!

Wir haben von vornherein erklärt, daß unsre Haltung kein Vertrauensvotum für die Regierung ist oder auch nur sein kann. Um das ganz nachdrücklich zum Ausdruck zu bringen, haben wir den von Kautsky angeregten Weg auf Kompensationen zu dringen, einmütig abgelehnt. Und trotzdem sollten wir dann 1915 auf Empfehlung der Opposition hin der Regierung weitere Kredite verweigern, weil sie Fehler in der Ernährung machte, weil sie Zensur und Belagerungszustand in arger Weise mißbrauchen ließ, weil sie das und jenes nicht nach unserm Wunsche änderte? Wäre das Logik gewesen? Wäre das Politik gewesen?

Wir angeblichen „Umlerner" haben eben nicht umgelernt. Wir haben gar manches durch den Krieg hinzugelernt, weil nur auf die Begriffswelt eines völligen Idioten das furchtbare Geschehnis des Krieges ohne Nachwirkung hat bleiben können. Unsre Stellung zum Kriege wie unsre Stellung im Kriege haben wir dagegen streng festgehalten. Wir haben nicht umgelernt, nicht heute das verleugnet, was wir gestern mitmachten, dieses Umlernen haben wir der Opposition, den heutigen Unabhängigen überlassen. Sie waren es, die vom Sommer 1915 an in immer heftigerer Weise bekämpften, was sie erst gutgeheißen hatten. Ihr Vorwurf, wir hätten umgelernt, erinnert darum peinlich an das bekannte „Haltet den Dieb!". —

Halle und Saalkreis.

Halle, 16. Juni 1917.

Aus der Friedhofsverwaltung.

Der Haushalt der städtischen Friedhofsverwaltung schließt mit 277 000 Mark Einnahme ab. Darunter befinden sich 16 600 Mark Zinsen von 434 000 Mark Wertpapieren. 326 000 Mark davon machen Legate aus, die nach und nach der Verwaltung zugeflossen sind gegen Uebernahme der Verpflichtung, bestimmte Gräber zu unterhalten. Außerdem sieht ein früherer Vermögensbestand von 108 600 Mark zur Verfügung. — Aus Wohnungsmieten der Friedhofsbeamten, Wassergeld und Pauschalen für Heizung werden 1564 Mark vereinnahmt. So zahlen die beiden Inspektoren des Südfriedhofs und des Gertraudenfriedhofs für Wohnung, Heizung und Wasser jährlich je 325,40 Mark. Die Grabpflegegebühren bringen von allen sieben Friedhöfen 82 500 Mark ein. An Gebühren für Genehmigung der Aufstellung von Denkmälern usw. sind 5000 Mark vorgesehen; die Benutzung des Harmoniums in der Kapelle des Südfriedhofs soll 250 Mark, in der des Nordfriedhofs 100 Mark ergeben, Orgel und Harmonium im Gertraudenfriedhof 800 Mark. Aus alten Grabsteinen, Einfassungen, Gras usw. glaubt man 700 Mark zu vereinnahmen. Für Verleihung neuer Erbbegräbnisse werden 70 000 Mark erwartet, an neuen Legaten 20 000 Mark. — 26 600 Mark sind für Grabgebühren eingestellt, 7000 Mark für Einäscherungen, 6900 Mark Gebühren für Heizung und Beleuchtung der Kapellen, 12 300 Mark für Ausschmückung derselben.

Aus der Zusammenstellung der Ausgaben ist zu entnehmen, daß für den Boden des Gertraudenfriedhofs 150 000 Mark bezahlt worden sind und die Baulichkeiten 843 000 Mark erfordert haben. Für Grabpflege, Unterhaltung der Grundstücke und Gerätschaften, Heizung, Beleuchtung und andre Aufwendungen sind 113 000 Mark eingestellt, für Anfertigung der Gräber 15 000 Mark. Die Verwaltungskosten beanspruchen 56 800 Mark. Darunter befinden sich 23 850 Mark für Gehalte, 2820 Mark für Arbeitshilfe im Bureau, 2000 Mark Jahresentschädigung an den frühern Friedhofsinspektor Nichlich, 3000 Mark desgleichen an Siemens, 5000 Mark für gärtnerische Hilfskräfte, 3280 Mark an die Aufseher auf den Friedhöfen in Giebichenstein, Trotha und Kröllwitz, 2500 Mark Versicherungsbeiträge, 1000 Mark Lohnzuschüsse bei Erkrankungen und zur Lohnzahlung an beurlaubte Arbeiter usw.

Der Abschluß ergibt, daß die Ausgaben um 9190 Mark höher sind als die Einnahmen, so daß dieser Fehlbetrag aus der Stadthauptkasse zu decken ist. —

Wucher bei den Obstverpachtungen.

Die Obstanlagen des bei Ammendorf gelegenen Rittergutes Schkopau hatten bisher bei der Verpachtung rund 10 000 Mark ergeben. Das war eine hübsche Summe und die in den Obstbäumen steckenden Werte wurden dabei sehr hoch verzinst. Die Obstbäume stehen in den Fluren von Schkopau und Collenbery. Dieses Jahr ist nun die Pachtsumme auf **66 000 Mark** hochgetrieben worden. Die Firma Most in Halle hat für diesen Preis den Zuschlag erlangt. Es ist nicht der erste Fall, der auf dem Gebiet märchenhafter Hochtreibung der Pacht-

Der Tanz des Todes.

Von **W. Wladimirow.**

Aus dem Russischen von **Viktor Kalinowski.**

(2. Fortsetzung.)

Damit die Generale sicherer und wirksamer handeln konnten, errichtete die Behörde eine Kriegsgerichtsfiliale eigens zu dem Zwecke, um mit Hilfe inquisitorischer Torturen und grausam unmenschlicher Folter aus den Angeklagten das Schuldbekenntnis herauszupressen. Solche Filiale errichtete man am Warschauer Rathaus, mit zweckmäßig organisierten Torturen und mit erfahrenen, in ihrem Fache beschlagenen Henkern. In einem der nachfolgenden Kapitel werde ich dies eingehend darstellen und mich bemühen, die Tätigkeit dieser geheimen, schändlichen Regierungsinstitution in möglichst grellem Lichte vorzuführen. Dinge, die ehemals, im Mittelalter, möglich waren, kopiert die Regierung in der heutigen Zeit, in der, wie man annehmen sollte, diese schauderhaften, historischen, hinter uns liegenden Ereignisse durch die Menschheit ein für allemal verdammt worden wären.

Ich wende mich wieder den verehrlichen Henkern zu. Sie begnügen sich mit den ihnen vom Rathaus gelieferten „Beweisen". Die von dort stammenden Aussagen sind für sie unbestrittene und genügende Beweise nicht nur für die Schuld der Angeklagten, sondern auch für alle, die der unglückliche, bewußtlose Märtyrer unter dem Einfluß grauenhaften Entsetzens und erlebter oder noch zu erwartender Qualen nannte und anklagte. In solchen Fällen geschah es gewöhnlich, daß der Gefolterte das von der Polizei ausgefertigte Geständnis, das er weder gelesen noch gesehen hatte, unterschrieb, nur um so schnell wie möglich zu sterben.

Nachdem das Schriftstück unterschrieben ist, wird für gewöhnlich die Folter unterbrochen.

Und wenn der Unglückliche vor Gericht den Henkern sagt, das unterschriebene Schriftstück verdiene keinen Glauben, weil er dasselbe nicht gelesen habe und nicht wüßte, was darin geschrieben steht und daß er nur während der Folter seine Unterschrift gab, so kommen die Herren Richter, die Generale, nach kurzer Beratung zu dem Schluß, die Erklärung des Angeklagten wäre der Erwägung nicht wert.

Der Angeklagte beruft sich alsdann auf die unverwischbaren Spuren der Folter: auf sein ausgeschlagenes Auge auf die gewaltsam ausgebrochenen Zähne, oder auf die unvernarbten Striemen am Körper. Alles umsonst! Die militärischen Henker dekretieren nach kurzer Beratung: „Das gehört nicht zur Sache!"

Hin und wieder passieren Fälle, die für die Herren Generale sehr unangenehm sind. Nach Verkündung des Todesurteils wird der wirkliche Täter gefunden, und dann müssen sie, obzwar widerwillig, die Exekution inhibieren, das Urteil annullieren und vor der ganzen menschlichen Gesellschaft bekennen, daß sie keine Richter, sondern blutriefende Henker sind — daß sie nur die Richtermaske tragen, während unter der Generalsuniform der rote Henkermantel versteckt ist.

Ein überaus charakteristisches Beispiel lieferte die Angelegenheit des Arbeiters Jaronowski, den der Kriegsadvokat Bronjewski verteidigte.

Dieser Fall hatte folgende Begleitumstände: In Lodz wurde ein Zaun mit einer Proklamation beklebt. Der Tag ging zur Neige, es dämmerte bereits, als ein Kosakenoffizier aus Fenster seiner gegenüber dem Zaun gelegenen Wohnung trat. Als er das am Zaun angeklebte Papier erblickte, befahl er seinem Burschen, einem Kosaken, das Papier abzureißen und ihm zum Lesen zu bringen.

In dem Moment, als der Kosak die Proklamation abriß, fiel ein Schuß. Er kam mit heiler Haut davon. Die Straße war völlig menschenleer, man konnte deshalb nicht annehmen, daß der Schuß ausgerechnet dem Burschen galt. Möglich, daß jemand in die Luft schoß, möglich auch, daß jemand seinen Revolver entlud oder, wie es in der Provinz öfters vorkommt, daß jemand des Abends die Spitzbuben schreckte. Der Kosak vermutete, daß der Schuß jenseits des Zaunes fiel, und zwar nicht weit von seinem Standort.

Es sei dem wie es wolle: die Behörden faßten den Entschluß, den Schuldigen wegen Mordanschlags auf einen Kosaken abzuurteilen. Aber wen?

An dem betreffenden Tage hatte die Polizei keinen Menschen verhaftet. Tags darauf machte man einen deutschen Arbeiter — Theophil Jaronowski — ausfindig; er wohnte am entgegengesetzten Ende der Stadt und konnte weder polnisch noch russisch. Kein Mensch wußte, wessen er sich in den Augen der Regierung schuldig machte — genug, daß er vor den Generalen sich verantworten mußte.

Der Kosak wurde befragt, ob er in der Person des angeklagten Jaronowski — jenen Menschen, der jenseits des Zaunes nach ihm geschossen hatte, zu erkennen vermöge. Darauf gab er zur Antwort: „Ich vermute, daß er es ist!"

Ein General machte ihn darauf aufmerksam, daß er nur klare Antworten zu geben habe, worauf der Kosak erwiderte: „Jawohl, Herr Vorsitzender! Er war es ganz bestimmt!"

Das Gericht verurteilte Jaronowski zum Tode durch den Strang. Als die Verteidigung dem Kosaken vorhielt, wie es möglich wäre, daß er in der Dunkelheit und dazu durch einen Zaun einen Menschen zu erkennen vermag, gab er keine Antwort. Das Gericht aber geruhte das mit Stillschweigen zu übergehen.

Ferner gelang es der Verteidigung, das Alibi des Angeklagten zu erbringen, indem sie klar und deutlich nachwies, daß er um die Zeit, als der Schuß fiel, bei sich zu Hause war, und zwar am andern Ende der Stadt. Aber auch dieser unanfechtbare Beweis mißlang.

Die Verteidigung hielt noch den Generalen als eine schwere Rechtsbeugung die Tatsache vor, daß Jaronowski vom Kriegsgericht nicht abgeurteilt werden kann, weil der den Aufruf abreißende Kosak eine Privatperson, ein Bediensteter war, der keine polizeidienstlichen Pflichten verrichtete.

Das alles fand keine Berücksichtigung. Jaronowski wurde zum Tode verurteilt.

Während der Gerichtsverhandlungen wiederholte der Angeklagte, ein Deutscher, ständig die Worte: „Führt mich doch zum Altar, vor Gottes Angesicht werde ich schwören, daß ich unschuldig bin!"

Als man ihm das Todesurteil, anfänglich in russischer Sprache verkündete, zwinkerte er mit den Augen, kein Wort verstehend. Als ihm aber der Pastor das Urteil auf Deutsch übersetzte, überkam ihn ein heilloser Schreck; mit weit aufgerissenen Augen starrte er auf einen Punkt und blieb bewegungslos, wie zur Salzsäule erstarrt, auf derselben Stelle stehen. In dem Augenblick machte er den Eindruck eines Irrsinnigen. Wie angewurzelt, ohne einen Laut von sich zu geben, stand er auf einem Punkte, wo er auch stehenblieb. Die Richter gingen hinaus; alle gingen langsam aneinander und er blickte wie vordem im düstern Schweigen auf einen Punkt — den Punkt, woher wie ein Donnerschlag die unheilvollen Worte fielen: „Verurteilt zum Tode!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170616-12/fragment/page=0005

sehr für Obstanlagen bekannt wird. Aber die arbeitenden Klassen und alle andern minderbemittelten Volksschichten müssen mit vollem Recht empört sein, wenn neue Fälle dieser Art bekanntwerden. Wir wissen nicht, ob der Besitzer des Rittergutes Schkopau, Herr von Trotha, der Kammerherr des Kronprinzen ist, sich um die Einzelheiten seiner Gutsverwaltung kümmert und ob er speziell bei dieser Verpachtung seine Genehmigung zum Pachtzuschlag erteilt hat. Jedenfalls ist es eine schwere Verfehlung gegen die wirtschaftlichen Interessen des Volkes, wenn durch solche Preistreibungen der Obstgenuß den breiten Schichten unmöglich gemacht wird.

Das Obst ist kein Genußmittel, sondern ein sehr wertvolles Nahrungsmittel. Jetzt in Kriege mehr als je. Als Blutbildner und Blutreiniger ist das Obst jetzt um so weniger entbehrlich, als das Kriegsbrot bei weitem nicht den Nährwert des Normalbrotes besitzt, dafür aber Beimengungen enthält, die eine gründige Blutreinigung, wie sie durch die Obstsäure vorgenommen wird, zur gesundheitlichen Notwendigkeit macht. In solcher Zeit das Obst so unsinnig zu verteuern, ist volkswirtschaftlich wie gesundheitlich ein schwerer Frevel.

Auch hierbei zeigt sich wieder der Hauptfehler, den das Kriegsernährungsamt sich schon immer hat zuschulden kommen lassen. Es besitzt das gesetzliche Recht der Beschlagnahme und der Preisbildung. Die gesamte Obsternte hätte sollen beschlagnahmt werden, und die Preise dürften nur unwesentlich höher sein als zu Friedenszeiten. Durch geeignete Maßnahmen wäre es sicherlich unmöglich gewesen, dafür zu sorgen, daß jeder Hausfrau einen seiner Kopfzahl entsprechenden Anteil an Obst sich sichern konnte. Das Kriegsernährungsamt hat das nicht getan, sondern es werden durch seinen Fehler dieselben Zustände wiederkehren, die schon in den letzten Jahren zu Ausbrüchen der Entrüstung führten. Das Volk ist jetzt wehrlos. Aber die Regierung, auf der letzten Endes die Verantwortung lastet, soll sich nicht wundern, wenn sie nach dem Krieg einem Volke gegenübersteht, welches alle Leiden, die ihm jetzt auferlegt worden sind und die vermeidbar waren, in dauernder Erinnerung behält. —

Bis zur Ernte.

Ueber die Ernährungsaussichten bis zur neuen Ernte hat das Kriegsernährungsamt der Oeffentlichkeit Mitteilungen gemacht, die zwar keinen Grund zur Beunruhigung geben, aber auch nicht mit hochgestimmten Gefühlen aufgenommen werden dürften. Es wird da geschrieben:

Nachdem die Frühjahrsbestellung im wesentlichen beendet ist und erfreulicherweise trotz der immer schwieriger werdenden Verhältnisse und des ungewöhnlich späten Frühjahrs wieder zu einer restlosen Bestellung des deutschen Ackers geführt hat, läßt sich der nach Abzug der Saat verbliebene Stand an Bodenerzeugnissen der alten Ernte genauer als bisher übersehen. Die dieser Tage stattgehabten Beratungen über die Getreideeinfuhr aus Rumänien haben auch über die in dieser Hinsicht bestehenden Aussichten die früher fehlende Klarheit geschafft. Danach ist entgegen den bisher von manchen Seiten gehegten Befürchtungen die Möglichkeit gesichert, die derzeitige Brotration bis zur neuen Ernte unverkürzt zu lassen.

An **Speisekartoffeln** sind zur Versorgung der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung mit 5 Pfund wöchentlich bis gegen Mitte Juli, wo auf ein volles Einsetzen der neuen Frühkartoffeln zu hoffen ist, noch etwa 12 Millionen Zentner nötig. Nach den im Frühjahr aufgestellten Berechnungen war mit Bestimmtheit zu erwarten, daß diese Menge vorhanden sein würde. Der schwere im Osten bis in den April hinein dauernde Frost hat aber mehr Schaden hervorgerufen, als man nach den zunächst eingehenden Berichten erwarten mußte. In vielen Bezirken ist die Fäulnis der Kartoffeln infolge der Frostschäden des Winters in den letzten Wochen sehr groß gewesen. Infolgedessen hat schon bisher die 5-Pfund-Ration in manchen Orten nicht aufrechterhalten werden können und es hat Mehlersatz geliefert werden müssen. Mit dem weitern Schwinden des Restes der alten Vorräte wird die Aufrechterhaltung der bisherigen Kartoffelration auch in den übrigen Bezirken vielfach nicht mehr möglich sein. An dem Grundsatz, daß für fehlende Kartoffeln Reis oder Brot zu liefern ist, wird festgehalten werden, die Lage der Brotgetreidebestände macht es aber nötig, die Ersatzmenge vorsichtig zu bemessen.

Die Kriegskartoffeln, besonders die aus der Ernte 1916, haben schon viel Treulosigkeit gezeigt. Nun lassen sie nicht einmal die Versprechungen in Erfüllung gehen, die bei der Neuregelung der Ernährung im April in sehr bestimmter Form gegeben wurden. Die Ration muß in vielen Bezirken gekürzt werden, als Ersatz soll es „vorsichtig" bemessene andre Nahrungsmittel geben. Es heißt also, noch etwas mehr entbehren als bisher.

Das Volk wird schließlich auch noch die letzten Wochen bis zur Ernte überwinden. Es hat schon genug Beweise gegeben, wie groß seine Opferwilligkeit ist. Es braucht daher auch kein gutes Zureden, keine Mahnung zur Geduld. Aber gerade angesichts dieses Opfermutes und des heldenhaften Ertragens der schweren, häufig gar zu schweren Kriegslasten löst der Gedanke, daß manches zu vermeiden war, ein bitteres Empfinden aus. Dem Volke konnte manche Entbehrung erspart werden, wenn mit den Gütern recht gewirtschaftet wurde. —

Der Stand unsrer Kohlenversorgung.

Zu einer amtlichen Darstellung werden folgende Mitteilungen gemacht:

Zu Anfang des Krieges war unsre Kohlenförderung durch die Einberufung von Bergleuten auf 50 Prozent der normalen zurückgegangen. Im Herbste 1916 wurde dann bekanntlich das Hindenburg-Programm aufgestellt, für dessen Durchführung die Oberste Heeresleitung eine entsprechende Anzahl Bergleute freigegeben hatte. Im Spätherbst kam dann der übliche Wagenmangel, in Zusammenhang mit der Notwendigkeit, die Erzeugnisse unsrer Landwirtschaft zur Verteilung zu bringen. Der Wagenmangel blieb aber diesmal im wesentlichen infolge der militärischen Verhältnisse länger als sonst bestehen. Als im März die Rheinschiffahrt und später auch die Oderschiffahrt aufging, erzielte man eine Entlastung der Bahnen und damit größere Abfuhr.

Aber auch andre Umstände führten dazu, daß tatsächlich die Kohlendecke heute nicht mehr zureicht, Umstände, die bei der Aufstellung des Hindenburg-Programms nicht hatten vorhergesehen werden können. Inzwischen ist die Besetzung Rumäniens hinzugekommen, und der neue Weg dient auch unsern Verbündeten Bulgarien und der Türkei zum Bezug von Kohle aus Deutschland, anderseits zwingt die Durchführung unsers uneingeschränkten U-Boot-Krieges auch die Neutralen mehr als früher, sich mit ihrem Kohlenbedarf an uns zu halten.

Es mußte also erwogen werden, wie es möglich sein wird, die verfügbaren Mengen mit dem Bedarf in Einklang zu bringen, insbesondere auch mit dem Bedarf der gewerblichen Betriebe. Die geplanten Einschränkungen sollen, soweit angängig, auf diejenigen Industrien begrenzt werden, bei denen sie möglich sind. Aber auch beim Hausbrand wird eine Einschränkung notwendig sein. Bei der jüngsten Beratung der amtlichen Stellen mit den Vertretern der Städte hat man sich dahin geeinigt, daß auf den Zechen diejenigen Mengen, die den Städten zur Verfügung gestellt werden können, bereitgestellt werden sollen, die Verteilung aber den Städten überlassen bleiben wird. Bei der Landwirtschaft wird eine Einschränkung mit Rücksicht auf die hervorragende Wichtigkeit der ausreichenden Ernährung nicht möglich sein, abgesehen vom Hausbrand, der auch hier wohl verkürzt werden wird.

Was endlich die Ausfuhr von Kohlen anlangt, so darf nicht vergessen werden, daß wir nur das Allernotwendigste, das heißt dasjenige tatsächlich exportieren, wozu wir vertraglich verpflichtet sind, und daß keine Tonne Kohlen aus unsern Grenzen geht ohne die entsprechende wichtige Gegenleistung. Der Versorgung der Papierfabrikation speziell mit böhmischer Braunkohle wird seitens der zuständigen Stellen die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Auch hier hofft man auf eine baldige bessere Versorgung. —

Kaffeeersatz-Geheimnisse.

An Stelle des schwarzbraunen, duftigen Kaffees der Friedenszeit trinkt alle Welt jetzt Kaffeeersatz, ein Getränk, das in Farbe, Geruch und Geschmack dem Kaffee zwar ähnelt, dem aber die Wirkung des echten Kaffees fehlt. Was ist eigentlich Kaffeeersatz, und woraus wird dieser Ersatz hergestellt?

In die Geheimnisse des Kaffeeersatzes führt ein Mitarbeiter des „Prometheus" ein. Kaffeeersatz wird aus einer großen Anzahl einheimischer Pflanzen hergestellt; keine von ihnen enthält aber das wirksame Alkaloid des Kaffees, das Koffein, und daher fehlt dem Kaffeeersatz die anregende Wirkung. Die übrigen Eigenschaften des Kaffees aber lassen sich ganz leidlich nachahmen. Die braune Farbe und der bittere Geschmack des Kaffees rühren vom Karamel und Brandbitter her, die beim Rösten aus dem Zucker der Kaffeebohne entstehen; das eigentliche „Kaffeearoma" dagegen entsteht aus Zucker, Kaffeegerbsäure, Koffein und Brandölen, ohne daß die Einzelheiten bisher aufgeklärt sind. Getränke mit kaffeeähnlichen Eigenschaften lassen sich aus Pflanzenteilen herstellen, die Zucker und andre Kohlehydrate enthalten. Eine ganze Reihe Wurzeln werden hierzu verwandt, nämlich Zichorien, Zuckerrüben, andre Rüben sowie Löwenzahn, ferner einige zuckerreiche Früchte, Hagebutten und Kastanien von einheimischen, Feigen und Johannisbrot unter den ausländischen, weiter mehlhaltige Früchte und Samen, nämlich Roggen, Eicheln, Roßkastanien und Hülsenfrüchte, und schließlich zuckerreiche Samen, die auch Kohlehydrate enthalten, nämlich Spargelsamen und Traubenkerne, und von ausländischen Gewächsen Erdnüsse, Dattelkerne. Aus dieser reichen Auswahl von Rohstoffen zur Erzeugung von Kaffeeersatz werden Gerste und Zichorien am meisten verwandt.

Die Hauptanbaugebiete für Zichorien liegen im Bezirk Magdeburg, in Schlesien und in Württemberg. Aus Gerste wird seit langem der recht beliebte Malzkaffee gewonnen, und aus diesem Grunde ist Gerste zur Kaffeebereitung freigegeben worden. Neuerdings werden noch die Früchte des Weißdorns sowie die Queckenwurzeln als Kaffeeersatzmittel empfohlen. —

Die Verwendung von Schilfrohr als Futtermittel.

Es ist nötig, auch Stoffe zur Verfütterung heranzuziehen, die bisher nicht oder doch nur in sehr geringem Umfang hierfür verwendet wurden. Hierher gehört das Schilfrohr, das, grün geerntet, sowohl als Heu als auch in gemahlenem Zustand einen guten Nährwert besitzt. Um die Abernteung des Schilfrohrs im grünen Zustand da, wo hierfür ein Bedürfnis besteht, sicherzustellen, sind die Landeszentralbehörden durch Verordnung des Reichskanzlers ermächtigt worden, den Gemeinden oder Kommunalverbänden die Befugnis zu verleihen, das in ihrem Bezirk wachsende Schilfrohr zu Futterzwecken abzuernten, falls nicht der Eigentümer oder sonstige Nutzungsberechtigte selbst dasselbe für sich erntet. Dem Eigentümer oder Nutzungsberechtigten ist eine angemessene Entschädigung zu zahlen. Falls die Gemeinde oder der Kommunalverband von diesem Rechte keinen Gebrauch macht, kann dem Kriegsausschuß für Ersatzfutter oder der von ihm bezeichneten Stelle auf Antrag diese Befugnis übertragen werden; der Kriegsausschuß ist dadurch in die Lage versetzt, in größerem Umfang als bisher die Herstellung von Schilfrohrmehl, das vor allem auch als Schweinefutter in Betracht kommt, zu betreiben.

Eine weitere Verordnung regelt den Absatz von Seetang und Seegras. Diese Stoffe müssen, wenn sie weiter veräußert werden wollen, zunächst dem Kriegsausschuß für Ersatzfutter zum Erwerb angeboten werden und sind diesem auf Verlangen käuflich zu überlassen. Es ist zu hoffen, daß der Futterwert dieser Stoffe, der bisher fast ganz verlorengegangen ist, durch eine entsprechende Verarbeitung in größern Mengen den Viehhaltern zugeführt werden kann.

Eine Höchstpreisfestsetzung ist weder für das Schilfrohr noch für Seetang und Seegras vorgesehen; im Streitfall entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde über die Höhe der zu gewährenden Entschädigung. —

Konzerte.

* **Ein Frühkonzert** findet am Sonntag im Bad Wittelind statt. Anfang ½7 Uhr. (Siehe Inserat.) —

* **Ein Konzert** wird am Sonntag nachmittag im Zoo veranstaltet. Anfang 3½ Uhr. (Näheres siehe Inserat.) —

* **Kriegshilfe.** Am 14. d. M. hielten die Zigarrenköpfchen-Sammler zur Halle an der Saale, welche bereits 40 Jahre bestehen, im Hotel Kaiser Wilhelm ihre Monatssitzung ab, bei welcher besonders hervorgehoben wurde, wie in jetziger schwerer Zeit die geringern Einnahmen, den immer mehr zunehmender Unterstützungen gegenüber, gedeckt werden können. Bekanntlich unterziehen sich betreffende Frauen und Männer der löblichen Aufgabe, Zigarrenköpfchen, unbrauchbare Zigarren, Zigarrenbänder, leere Zigarrenkisten, Stanniol, Flaschenkorke, Flaschenkapseln, Konservenbüchsen und alte Metallteile, welche auf Wunsch gern abgeholt werden, zu sammeln. Aus dem Erlös werden arme Waisen und Halbwaisen, namentlich seit Beginn des Krieges Kinder gefallener Soldaten, mit notwendigen Kleidungsstücken, als Schuhwerk, Wäsche usw., versehen. Freigemachte Pakete von außerhalb erreichen dankbare Verwendung. Vergangenes Jahr wurden 112 Mädchen und Knaben, davon 50, deren Vater gefallen ist, versorgt. Frauen wie Männer aller Kreise sind gehalten, mitzuhelfen und genannte Gegenstände so bald als möglich anzuliefern. Außer der Hauptsammelzentrale bei Herrn E. Lehmann, Lessingstraße 38, haben noch Spender Zugang, durch die in der Stadt verzweigten Nebenstellen. Freundlich zugedachte Geldgeschenke sowie Meldungen zur kostenlosen Mitgliedschaft wolle man dort ebenfalls oder dem Leiter der Vereinigung, Kaufmann Reinhold Aßmann, Große Ulrichstraße 49, übermitteln. —

— **Neuregelung des An- und Abmeldewesens.** Auf Anordnung des Kriegsernährungsamts und des preußischen Staatskommissars für Volksernährung treten mit dem 15. Juni d. J. neue, für das ganze Reich geltende Bestimmungen über das An- und Abmeldewesen bei dauerndem Verzug und beim Reiseverkehr in Kraft, die eine strengere Kontrolle des Zuzugs und Wegzugs ermöglichen sollen. Die wichtigste Neuerung besteht darin, daß vom 15. Juni ab für das ganze Reichsgebiet einheitliche Abmeldebescheinigungen eingeführt werden, die sich nach den verschiedenen Bundesstaaten in der Farbe des Papiers unterscheiden. Für Preußen werden sie allgemein auf weißem Papier ausgegeben werden. —

— **Die Bekleidung der Toten.** Die Reichsbekleidungsstelle schreibt: Es ist eine alte Ueberlieferung, die bis zu den Anfängen der Menschheit zurückgeführt werden kann, daß bei Leichenbegängnissen dem Toten als letzte Ehre seine besten Gewänder und Kleidungsstücke ins Grab mitgegeben werden. Durch den auch bei uns üblichen Brauch, die Toten in ihren wertvollsten Gewändern zu bestatten, wird ein großer Teil von gutem Material an Stoffen, das gerade jetzt während des Krieges unersetzlich ist, der Verwendung für die Gesamtheit entzogen. Namentlich ist dies bei Herrenstoffen der Fall. Bei der dringenden Notwendigkeit, unsre Vorräte an Web-, Wirk- und Strickwaren mit allen Mitteln zu strecken, erscheint es im Interesse des Volksganzen, demgegenüber alle Wünsche des einzelnen zurückstreten zu müssen, als unerläßlich, auch mit dieser alten Sitte zu brechen. Es wird zu erwägen sein, die Toten mit einem Totenhemd aus Papierstoff zu bekleiden und mit einer Decke aus gleichem Stoffe zu bedecken. Ebenso könnte der Kissenbezug aus Papierstoff bestehen. Die Bekleidung der Toten mit Strümpfen und Schuhen erscheint in Anbetracht der Verhältnisse überhaupt nicht angebracht. Es soll nicht verkannt werden, daß es viele schmerzlich berühren wird, sich mit dieser Forderung abzufinden. Stichhaltige Bedenken aber können kaum erhoben werden. Es verstößt nicht gegen das Pietätgefühl, wenn wir unsre Toten in besondere Totengewänder kleiden, die auch in der Ausführung in Papierstoff, dank einer regsamen und schon hochentwickelten Industrie, durchaus würdig erscheinen. Heute handelt es sich um höhere Pflichten. Wir alle sind heute Kämpfer, ob vor oder hinter der Front, und dies Gefühl muß uns helfen, die Lasten der Zeit gemeinsam zu tragen. —

— **Volkshäuser statt Kriegsdenkmäler.** In einem Artikel des „Kunstwart" wird aufgefordert, Volkshäuser anstatt der Kriegsdenkmäler zu errichten. Es heißt in diesem Aufruf: „Begnügt euch nicht damit, die Erinnerung an das, was vergangen ist, festzuhalten, sondern ehrt die Kämpfer, die zum Schutze deutscher Kultur ihr Blut vergossen, dadurch, daß ihr mit verdoppeltem Eifer an der Höherentwicklung unsres Volkes arbeitet. Dankt den heimkehrenden Kriegern, die als lebendige Mauern die Heimat beschirmten, indem ihr das Beste, was heimatliche Wissenschaft und Kunst geschaffen haben, auch denen unter ihnen bietet, die bisher von diesen edelsten Freuden ausgeschlossen waren. Helft die schöne Forderung des Reichskanzlers „Freie Bahn für alle Tüchtigen" verwirklichen, indem ihr Volkshochschulen errichtet und darin jedem strebsamen Menschen Gelegenheit gebt, die Lücken in seinen Kenntnissen auszugleichen und seine Bildung zu vervollkommnen. Zeigt, daß es euch Ernst ist mit dem Streben nach einer Gesundung des öffentlichen Lebens, indem ihr eben diesem öffentlichen Leben, das sich jetzt in öden Kneipen und Bierhallen abspielt, würdige Versammlungsräume bietet. Beginnt euch nicht mit der Klage darüber, daß von unsrer blühenden Jugend so viele im Feindesland den Heldentod fanden, sondern helft der frisch heranwachsenden Jugend, ihre geistigen und körperlichen Kräfte zu entwickeln und baut ihr die Häuser, die sie hierfür braucht. Für all diese sozialen und kulturellen Aufgaben sind Räume nötig. Baut sie zur Erinnerung an diesen Krieg! Errichtet Volkshäuser!" —

* **Aus dem Polizeibericht.** Vermutlich infolge Schwermut erschoß sich in einer Wohnung in der Pestalozzistraße eine Witwe. Die Leiche wurde nach dem Gertraudenfriedhof gebracht. — In einem Fabrikgrundstück in der Merseburger Straße entstand dadurch ein unbedeutender Brand, daß ein Lehrling mit einem brennenden Streichholz in ein Benzolfaß hineinleuchtete, um nachzusehen, ob das Faß leer sei. Das wenige, aus dem Faß gelaufene Benzol beschädigte nur die Stiefel des Lehrlings. Sonstiger Schaden entstand nicht. Die herbeigerufene Feuerwehr brauchte nicht in Tätigkeit zu treten. —

Merseburg. (Das Warenlager des Kammerunteroffiziers.) Bei einer polizeilichen Haussuchung wurde in der Wohnung einer Militärperson in der Meuschaer Straße hier ein Lager von Militärbekleidungsstücken entdeckt und beschlagnahmt. Wie der Merseburger „Correspondent" meldet, hatte der Soldat den Posten eines stellvertretenden Kammerunteroffiziers inne und in erster Linie für seinen Bedarf jetzt und in Zukunft gesorgt. Neben mehreren feldgrauen Uniformen wurden u. a. vorgefunden 27 Hemden, 18 Unterhosen, 6 Paar Schnürschuhe, 12 Paar Lederhohlen. —

Weißenfels. (Unfall bei der Arbeit.) An der Seilbahn Wählitz—Köpfen riß das Seil; dabei wurde der Rangierarbeiter Keil aus Wählitz, verheiratet und Vater zweier Kinder, so schwer verletzt, daß er nach seiner Aufnahme ins Knappschaftskrankenhaus starb. —

Aus der Parteibewegung.

Am Niederrhein hat vom 3. bis 10. Juni Genosse Krätzig acht Versammlungen in Krefeld, Mörs, Elberfeld-Barmen, Duisburg, Meiderich, Fierlohn, Ohligs und Hagen abgehalten und über „Sozialdemokratie, Krieg und Frieden" gesprochen. In allen diesen Orten behaupten die Unabhängigen, die Massen hinter sich zu haben. Besuch und Verlauf der Versammlungen ergaben jedoch, daß die Massen hinter unsrer Partei stehen. Andre Orte verlangten, daß auch bei ihnen ein Redner unsrer Partei auftreten möge, damit die Verleumdungen verscheucht würden, die über Absichten und Taktik der Partei geflissentlich ausgestreut würden. —

Verspäteter Protest. Im „Gothaer General-Anzeiger", dem Organ der Unabhängigen, wird Einspruch erhoben gegen Ausführungen, die Genosse Bartels vom Parteivorstand auf der Magdeburger Bezirkskonferenz gemacht hat. Bartels hatte unter Hinweis auf das vom Parteivorstand herausgegebene „Material zur Parteispaltung" auf die Darstellung Rühles verwiesen, die von Wittmann im November 1916 in der „Int. Soz.-Review" veröffentlicht wurde. Danach haben sich Rühle, Liebknecht, Henke und Herzfeld bereits am 4. August 1914 mit dem Gedanken der Fraktions- und Parteispaltung beschäftigt. Die vier hätten sich nur gefügt, weil die übrigen zehn Kreditgegner nicht mitmachen wollten. Der „General-Anzeiger" nennt dies eine Legende, eine dreiste Behauptung, eine Unwahrheit, die Bartels sich glatt aus den Fingern gesogen habe, usw. Merkwürdig ist, daß diese Erregung erst jetzt eintritt! Seit 3 Monaten wird die Broschüre mit dem Zitat vertrieben. Sie ist sicher dem Gothaer Redakteur nicht unbekannt geblieben. Warum hat er seine Kanonade nicht gegen den Urheber dieser sog. Legende, Rühle, gerichtet? —

Unabhängige gegen Unabhängige. In Chemnitz hat eine Versammlung der Unabhängigen eine Resolution angenommen, die sich dem Schreiben Mehrings vollständig anschließt und welche fordert, daß Haase, Ledebour usw. es ablehnen, „mit den Scheidemännern gemeinsam zu tagen". — Lieber mag der erste ernstliche Versuch, durch die internationale Arbeiterklasse Einfluß auf baldigen Friedensschluß zu gewinnen, zum Teufel gehen; wenn nur die unabhängige Verbohrtheit ihr Köpfchen durchsetzt. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170616-12/fragment/page=0006